

# SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 114

SEPTEMBER/OKTOBER 1994

50 Pfennig

## Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

# SPD, PDS: Keine Alternative zur Kohl-Bande

N.Y. SPARTACIST LEAGUE  
P.O. BOX 3381  
CHURCH ST. STATION  
NEW YORK, NY 10008  
212 - 267-1025



Spartakist



dpa

Berlin, 1991: Demo gegen Nazi-Mordanschlag auf Vietnamesen. Rechts: Streikdemo in Frankfurt/Main, 1992

Seit dem kapitalistischen Anschluß haben Elend und Nationalismus enorm zugenommen. Statt der versprochenen „blühenden Landschaften“ wurde das Gebiet der ehemaligen DDR in eine Wüste des Elends verwandelt. Und im Westen steigt die Massenarbeitslosigkeit weiter, während die Reallöhne derjenigen sinken, die noch Arbeit haben. Die bitteren Früchte der Einheit sind täglicher antisemitischer, rassistischer Terror wie die infame Schändung der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald durch Nazi-Skinheads und der Polizei-Mord an dem 16jährigen Kurden Halim Dener, als er in Hannover Plakate klebte.

Doch trotz dieses düsteren Bildes liegt der Kanzler der

Einheit bei den Meinungsumfragen im Superwahljahr 94 jetzt vorn. Dies ist nicht der politischen Geschicklichkeit des „Bürgerkings“ zuzuschreiben, sondern der Tatsache, daß Werktätige wenig Grund sehen, die „Opposition“ zu wählen – im Osten sieht es so aus, daß Kohls „Rote-Socken“-Verteufelungskampagne nach hinten losgeht. Der SPD-Kanzlerkandidat Scharping gibt zu, daß es in innenpolitischen Fragen wenig und in der Außenpolitik keine Differenzen zur Regierung gibt. Die SPD hat sich bei allen wichtigen Fragen in einer informellen Korridor-Koalition mit den Regierungsparteien in Bonn befunden, von der rassistischen Vernichtung des Asylrechts und dem überall

*Fortgesetzt auf Seite 18*

### Spartakist-Jugend

**JRE/Voran: Sommercamp-Pleite ..... Seite 12**

## Die Jugend ist die Flamme der Revolution



TROTZKI

Vor 80 Jahren explodierten mit dem Ersten Weltkrieg die anwachsenden Rivalitäten um Märkte und Kolonien. Die internationale Sozialdemokratie brach zusammen, für alle Welt sichtbar am 4. August 1914 in der SPD-Abstimmung für die Kriegskredite. Rosa Luxemburg nannte die SPD treffend einen „stinkenden Leichnam“. Lenin rief zu einem „rücksichtslosen Kampf“ auch gegen die „Sozialpazifisten“ und Zentristen auf, die dem offenen Sozialchauvinismus der SPD eine „linke“ Flankendeckung gaben. Die Jugend wurde zum Vorkämpfer gegen den imperialistischen Krieg. Mit der Russischen Revolution spielte sie bei der Gründung der Kommunistischen Internationale eine wichtige Rolle.

Heute hat der Zerfall der UdSSR, die durch Jahrzehnte des Stalinismus unterhöhlt wurde, eine Periode des verschärften interimperialistischen Konflikts eingeleitet, die zunehmend an die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg erinnert. Dies führte zum Aufstieg des rassistischen Terrors, aber es ist auch eine Generation antifaschistischer Jugendlicher hervorgetreten, die entschlossen sind, ihn zu bekämpfen. Die Spartakist-Jugend will Jugendliche für dem Kampf der internationalen Arbeiterklasse um die Macht gewinnen.

Bei dieser Sachlage in Europa fällt der Verbindung sozialistischer Jugendorganisationen die gewaltige und dankbare – dafür aber auch schwere – Aufgabe des Kampfes für den revolutionären Internationalismus, für den wahren Sozialismus, gegen den herrschenden Opportunismus, der sich auf die Seite der imperialistischen Bourgeoisie geschlagen hat, zu. Die „Jugend-Internationale“ enthält eine Reihe guter Artikel zur Verteidigung des revolutionären Internationalismus, und die ganze Zeitschrift ist durchdrungen vom prachtvollen Geist glühenden Hasses gegen die Verräter des Sozialismus, die „Vaterlandsverteidiger“ im gegenwärtigen Krieg, von dem aufrichtigen Bestreben, die internationale Arbeiterbewegung von dem sie zerfressenden Chauvinismus und Opportunismus zu reinigen.

Selbstverständlich ist in der Zeitschrift, einem Organ der Jugend, noch keine theoretische Klarheit und Festigkeit vorhanden und wird vielleicht auch nie vorhanden sein, gerade weil es das Organ der stets stürmischen, überschäumenden, suchenden Jugend ist. Aber zu dem Mangel an theoretischer Klarheit bei solchen Menschen müssen wir uns ganz anders verhalten, als wir uns verhalten – und verhalten müssen – zum theoretischen Durcheinander in den Köpfen und zum Fehlen revolutionärer Konsequenz in den Herzen unserer OK-Leute, der „Sozialrevolutionäre“, der Tolstoianer, der Anarchisten, der Kautskyaner (des „Zentrums“) in ganz Europa

usw. Bei den einen handelt es sich um erwachsene Menschen, die das Proletariat verwirren und sich anmaßen, andere zu führen und zu belehren; gegen diese muß man einen rücksichtslosen Kampf führen. Bei den anderen handelt es sich um Organisationen der Jugend, die offen erklären, daß sie noch lernen, daß es ihre Hauptaufgabe ist, Funktionäre der sozialistischen Parteien heranzubilden... Es kommt oft vor, daß Vertreter der Generation der Erwachsenen und Alten es nicht verstehen, in richtiger Weise an die Jugend heranzutreten, die sich zwangsläufig auf anderen Wegen dem Sozialismus nähert, nicht auf dem Wege, nicht in der Form, nicht in der Situation, wie ihre Väter. Das ist einer der Gründe, warum wir unbedingt für die organisatorische Selbständigkeit des Jugendverbandes eintreten, nicht nur deshalb, weil die Opportunisten diese Selbständigkeit fürchten, sondern auch dem Wesen der Sache nach. Denn ohne vollständige Selbständigkeit wird die Jugend nicht imstande sein, sich zu guten Sozialisten zu entwickeln und sich darauf vorzubereiten, den Sozialismus vorwärtszuführen.

Für die vollständige Selbständigkeit der Jugendverbände, aber auch für die volle Freiheit einer kameradschaftlichen Kritik ihrer Fehler! Schmeicheln dürfen wir der Jugend nicht.

„Jugend-Internationale“  
Lenin, Werke Band 23, Dezember 1916



LENIN

## SPARTAKIST

herausgegeben von der  
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS  
Internationale Kommunistische Liga  
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)  
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg  
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (0 40) 33 01 54  
Postfach 555, 10127 Berlin, Fax (0 30) 4 43 94 02  
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01, Korrespondenz über Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.  
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde  
Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60  
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb  
ISSN 0173-7430

Nr. 114

September/Oktober 1994

## KONTAKTADRESSEN

### Berlin

SpAD, Postfach 555, 10127 Berlin  
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

### Halle

SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle  
Telefon: (03 45) 2 90 55

### Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde  
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg  
Telefon: (0 40) 32 36 44

# Arbeiter, Immigranten, Jugendliche: Freiheit für die gefangenen Antifas!

Die Verfolgungsjagd gegen Jugendliche von Antifaşist Gençlik (antifaschistische Jugend), denen vorgeworfen wird, vor zweieinhalb Jahren den Nazi Gerhard Kaindl erledigt zu haben, hat einen weiteren Antifaschisten in ihre Krallen gekriegt. Anfang Juli verhaftete die bayerische Grenzpolizei einen türkischen Mann, der nun mit den ande-

mobilisierung von Immigranten, Juden, Sinti, Roma und Antifaschisten, geführt von den Gewerkschaften, ist notwendig, um für die Verteidigung der Antifaschisten zu kämpfen und die Anklagen zurückzuschlagen!

Am 4. April 1992 hatte sich in einem China-Restaurant in dem von Immigranten bewohnten Berliner Bezirk Neukölln eine Bande von Nazis versammelt. Als ein Immigrant, der Rosen verkaufte, von dem berüchtigten Nazi-Anwalt Carsten Pagel (Ex-Republikaner-Vorsitzender in Berlin), von Thorsten Thaler (vormals Republikaner und Autor in der faschistischen Zeitung *Junge Freiheit*) und von Kaindl (Deutsche Liga für Volk und Heimat) beschimpft wurde, protestierten andere Gäste des Restaurants gegen diesen rassistischen Angriff. Anderthalb Stunden später griff eine Gruppe von verummten Antifaschisten ein. Kaindl wurde tödlich verletzt und Thaler war krankenhaushausreif, Pagel kroch unter einen Tisch.

Seither übernahm niemand die direkte Verantwortung für den Angriff, aber viele freuten sich, daß diese Nazi-Provokation im Immigrantenbezirk Neukölln beendet wurde. Auf Wänden in ganz Berlin tauchte die Losung „Nazis ins China-Restaurant!“ auf. Selbst die bürgerlichen Medien gaben zu, daß das Nazi-Treffen eine bemerkenswerte Zusammenkunft von Geld, parlamentarischer Macht, Presse-Einfluß und Verbindungen zum Dritten

Fortgesetzt auf Seite 4

## Sie dürfen nicht hinter Gittern krepieren!

ren Antifaschisten in Berliner Gefängnissen und psychiatrischen Anstalten eingesperrt ist. Diese Männer und Frauen türkischer und kurdischer Herkunft warten auf den Schauprozeß der kapitalistischen Justiz am 20. September, die sie für den Rest ihres Lebens einkerkeren will.

Inzwischen haben die Nazis über ihre braunen „Infotelefone“ und Hetzblätter Provokationen zum Prozeß angedroht, und die Faschistin Gabriele Hartung hat Nebenklage eingereicht. Diese massiven Drohungen und Angriffe von Faschisten und bürgerlichem Staat müssen zurückgeschlagen werden! Die *Spartakist-Arbeiterpartei* und das *Komitee für soziale Verteidigung (KfsV)* rufen zur Beteiligung an der geplanten Kundgebung vor Prozeßbeginn am 20. September um 8 Uhr 30 vor dem Kriminalgericht Moabit auf. Eine Massen-

# Spartakist-Abokampagne



Spartakist

### Quoten der Abokampagne 1994

Berlin .....	140
Halle .....	70
Hamburg .....	70
Auf Entfernung .....	20
<b>Gesamt .....</b>	<b>300</b>

**Gratis:** zu jedem vollen Abo eine zuvor erschienene Ausgabe des *Spartacist*. Dazu eine Publikation eurer Wahl:

- Das Spartakist-Paket „Vorant/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat“
- Women and Revolution*, englischsprachige Zeitschrift der Frauenkommission der Spartacist League/U.S.
- Spartakist*-Extrablätter auf Türkisch – Ek 1 und Ek 2

## Abonniert jetzt!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
  - Auslandsabo: DM 15,— Übersee Luftpost: DM 20,—
  - Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—
- alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

**Bestellt bei:**

Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin  
Konto 11988-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 50010060

## Antifas...

Fortsetzung von Seite 3

Reich dargestellt hatte. Wie wir in *Spartakist* Nr. 110 (Februar 1994) feststellten: „Wer immer auch diese Provokation gestoppt hat, hat ganz klar kein Verbrechen begangen.“ Wir fordern: Sofortige Einstellung sämtlicher Verfahren! Sofortige Freilassung aller verhafteten Antifas!

Am 15. April erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die Antifaschisten. Ihnen wird vorgeworfen, einen Menschen aufgrund „eines gemeinschaftlichen Tatplans aus niederen Beweggründen“ ermordet zu haben; außerdem wird ihnen sechsfacher Mordversuch zur Last gelegt. Die „niederen Beweggründe“: „politisch motivierter Haß“. Der tatsächlich „gemeinschaftliche Tatplan“ des Staates gegen die Antifaschisten ist durch und durch rassistisch – von Anfang an suchte die Polizei nach vermeintlich Beteiligten türkischer und kurdischer Herkunft, obwohl die Aktion von nicht erkennbaren Maskierten durchgeführt wurde. Die Welle von Verhaftungen und Hausdurchsuchungen Ende letzten Jahres erfolgte zur gleichen Zeit wie das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und 35 kurdischer Vereine.

Antifa Gençlik wird von den Staatsorganen mit besonderem Haß verfolgt, weil sich Kurden und Türken gemeinsam organisieren und sie sich in den Augen der Bourgeoisie eines der größten „Verbrechen“ schuldig gemacht haben: der bewaffneten Selbstverteidigung. Spätestens seit den Nazi-Morden in Mölln und Solingen, als auch der jüdische Schriftsteller Ralph Giordano zur Selbstverteidigung aufrief, verstehen viele Immigranten und Jugendliche sehr genau, daß sie keine andere Wahl haben, als sich gegen die faschistischen Mordbanden zu wehren. Aber allein kommen sie damit bei der geballten Staatsmacht nicht weit. Ihre Militanz muß mit der sozialen Kraft der organisierten Arbeiter verbunden werden, um durch gewerkschaftliche Verteidigungsgruppen für den Schutz und die Sicherheit gegen Nazis und Bullenterror zu sorgen.

Angesichts der Weltmachtbestrebungen der deutschen Bourgeoisie nach ihrer konterrevolutionären Einverleibung des deformierten Arbeiterstaats DDR will der bürgerliche Staat alles unternehmen, um linke politische Aktivitäten und antifaschistischen Widerstand zu kriminalisieren und zu unterdrücken. Er will freie Hand haben, um unerwünschte Immigranten zu terrorisieren, Flüchtlinge abzuschieben und letzten Endes die mächtige Arbeiterbewegung in die Knie zu zwingen. Unterstützer der Gefangenen schrieben (*Herzschläge* Nr. 4, Mai 1994):

„Wenn diese Anklage durchkommen sollte, wäre jede selbstverständliche antifaschistische Mobilisierung, bei der es zu Auseinandersetzungen mit Faschisten kommt, zukünftig der Gefahr ausgesetzt, mit dem Vorwurf des ‚Mordversuchs‘ kriminalisiert zu werden.“

Sie stellten fest: „Nicht wir, sondern die Faschisten sind die Mörderbanden in diesem Land!“ Die Kriminalisierung des Antifaschismus geht einher mit Folterpraktiken und rassistischem Terror im Knast. Die Gefangenen dürfen keine türkische Korrespondenz führen oder sich mit Besuchern in ihrer Sprache unterhalten. Fatma Balamir saß monatelang in Isolationshaft und wird ständigen Zellenrazien unterworfen. Gleichzeitig findet die Verfolgung von Antifaşist Gençlik in einem Klima brutalen Polizeiterrors statt. In Berlin, wo die Bullen für ihre Unterstützung der Rep-Nazis berüchtigt sind, werden immer wieder Vietnamesen und andere Immigranten in den Polizeikellern zusammengeschlagen.

Polizei und Justiz sind die erste Verteidigungslinie der kapitalistischen Gesellschaft; sie können nicht reformiert oder dazu gezwungen werden, im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten zu handeln. Und da die Bourgeoisie die

Nazis in Reserve hält, um sie in Krisensituationen gegen die Arbeiterbewegung losmarschieren zu lassen, schützen die Bullen die Faschisten. Oft genug arbeitet der bürgerliche Staat mit den Faschisten Hand in Hand, wie bei der Verfolgung von Antifaşist Gençlik, wo der Staatsschutz der Deutschen Liga alle Informationen über die Antifaschisten zuspielte.

Deshalb ist es selbstmörderisch, im Kampf gegen die Nazis auf die Polizei zu setzen oder das „Verbot“ der Nazis zu fordern. Verbotsappelle, die angeblich gegen die Faschisten gerichtet sind, werden meist gegen die Linke eingesetzt. Während das Mannheimer Landgericht den Nazi Deckert damit entschuldigte, daß er „die Widerstandskräfte im deutschen Volk gegen die aus dem Holocaust abgeleiteten jüdischen Ansprüche stärken“ wolle, wurde zum Beispiel in Magdeburg gegen zwei *Antifaschisten* Anklage wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung erhoben, weil sie „Polizisten schützen die Faschisten“ gerufen hatten!

Seit Dezember letzten Jahres haben Tausende Jugendliche, u. a. auch in Frankreich, für die Befreiung von Antifaşist Gençlik protestiert. Sie demonstrierten vor den Gefängnissen in Berlin-Plötzensee und Moabit, wo die Gefangenen eingesperrt sind, und organisierten am 20. April, dem Jahrestag von Hitlers Geburtstag, eine Demo gegen Nazi-Drohungen, an der sich auch die SpAD beteiligte. Über 65 000, – DM sind bisher für die Verteidigung der Antifaschisten gespendet worden, eine Unterstützergruppe namens Antifaşist Gençlik hat sich gebildet. Die Antifaschisten sind aber auch einer schmutzigen Kampagne in der „Linken“ und unter den Autonomen ausgesetzt. Als Antifa Gençlik am 20. April, dem Jahrestag des Hitler-Geburtstags, eine Demo gegen drohende Nazi-Angriffe organisierte, warnte die JRE Jugendliche davor, zu dieser „gefährlichen“ Demo zu gehen. Unter Autonomen tobt die Debatte nicht darüber, wie die Gefangenen am besten verteidigt werden, sondern welche von ihnen angeblich Aussagen gemacht haben. Um die Verteidigung zu umgehen, wird in der Berliner Autonomen-Zeitung *Interim* sogar darüber spekuliert, ob es „richtig war, einen Nazi abzustechen“. Diese Debatten spiegeln genauso eine Anpassung an den „Zeitgeist“ des Vierten Reichs wider wie die Kampagne von PDS und Grünen für „Diskussionen“ mit Nazi-Mördern.

Der Faschismus ist ein Zerfallsprodukt des Kapitalismus selbst. Er wächst mit zunehmender Arbeitslosigkeit, Verzweiflung und dem aufflammenden Nationalismus, wenn die Arbeiterbewegung unter reformistischer Führung unfähig ist, einen revolutionären Ausweg aufzuzeigen. Zusammen mit den Immigranten hat die Arbeiterbewegung die Macht, die Nazis in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben und volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu erkämpfen. Viele antifaschistische Demonstranten, gerade aus eingewanderten Familien, haben Mütter und Väter, die in Betrieben arbeiten und die Produktion zum Stillstand bringen können. Sie können eine wichtige Verbindung darstellen im Kampf für organisierte Arbeiterverteidigungsgruppen, die Immigrantenvohnheime und Wohnviertel schützen, und damit den Grundstein für eine zukünftige Arbeitermiliz eines revolutionären Arbeiterstaats legen. Mit dieser Perspektive organisierte das KfsV am 31. Januar 1993, dem Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, die Verteidigung eines Wohnheims, die von zahlreichen Gewerkschaftern unterstützt wurde und an der über 100 Jugendliche teilnahmen. Nur durch eine Arbeiterrevolution können die Faschisten ein für alle Mal aus der Welt geschafft werden.

Das KfsV ruft zur Unterstützung der Gefangenen auf. Spendet an M. Holzberger, Konto 1300 953 00, Commerzbank, BLZ 100 400 00. Weitere Informationen: FreundInnen und UnterstützerInnen der gefangenen + gesuchten Antifas, c/o Prozessbüro, Dieffenbachstraße 33, 10967 Berlin. ■

# Bangladesh: Todes-Fatwa von islamischen Fundamentalisten Verteidigt Taslima Nasrin!

Ende August gelang Taslima Nasrin die Flucht nach Schweden, wo sie den Kurt-Tucholsky-Preis für Literatur entgegennahm. In Bangladesh folgte eine weitere Welle von Massenaufmärschen der Fundamentalisten mit Todesdrohungen gegen Nasrin. Als Antwort darauf organisierten säkulare und linke Kräfte in Bangladesh Proteste und Solidaritätsstreiks, die zur Verteidigung von Taslima Nasrin aufriefen. In dieser polarisierten Situation wählte Neues Deutschland (22. August) in seiner Berichterstattung die Überschrift „Taslima liefert Vorwände für Fundamentalisten“ und hingte sich damit an rückständige Rechtfertigungsversuche für die mörderische Hetzkampagne gegen die Schriftstellerin an.

Der folgende Text basiert auf einem Artikel, der von Women and Revolution, Zeitschrift der Frauenkommission unserer amerikanischen Sektion Spartacist League/U.S., verfaßt und in der Ausgabe vom August 1994 des Rundbriefs der Internationalen Feministen von Japan abgedruckt wurde.

Die mutige Schriftstellerin Taslima Nasrin aus Bangladesh hält sich versteckt, weil sie um ihr Leben fürchtet. Sie ist das Ziel einer religiösen Fatwa (Verurteilung zum Tode) durch islamische Geistliche, und auf deren Betreiben hin hat die Regierung von Ministerpräsidentin Begum Khaleda Zia eine Polizei-Fahndung in Gang gesetzt und droht ihr mit Verhaftung und Zwangsarbeit unter dem Vorwurf, „bewußt und bösartig die religiösen Gefühle der Moslems zu verletzen“. Doch Taslima Nasrins „Verbrechen“ besteht darin, ihre Stimme gegen frauenfeindliche Bigotterie erheben und den blutigen Kommunalismus sowohl der moslemischen als auch der hinduistischen Chauvinisten in Bangladesh und Indien verurteilt zu haben. Dafür muß sie, wenn es nach den Geistlichen geht, gehängt werden.

Am 30. Juni tobten die Fundamentalisten durch Dhaka, riefen in Sprechchören „Tod für Taslima Nasrin“ und versuchten damit, als Auftakt einer einmonatigen Kampagne für Nasrins Tod, der Stadt eine eintägige Arbeitsniederlegung aufzuzwingen. Trotz dieses religiösen Feldzugs und der Mobilmachung von rund 8000 Mann Polizei und paramilitärischer Truppen führten nichtreligiöse Studenten, kulturelle Organisationen und Künstler ihre eigene Demonstration zur Verteidigung von Nasrin durch. Die fundamentalistische Raserei gegen Nasrin ist immer weiter eskaliert: Am 26. Juli wurden in Chittagong bei Zusammenstößen zwischen Studenten und der Gruppe Jamaat Islami, die die Kampagne gegen Nasrin angeführt hat, sechs Menschen getötet. Zwei Tage später demonstrierten Berichten zufolge fast 200 000 Moslems in Dhaka und forderten, Nasrin zu hängen und alle antiislamischen Aktivitäten zu verbieten.

Die mörderische Hexenjagd ist von Geistlichen aufgepeitscht worden, die ein „Taslima Nasrin Peshan Committee“ („Komitee zur Vernichtung von Taslima Nasrin“) gegründet haben. „Sie ist schlimmer als eine Prostituierte“, tobte Maulana Azizul Haque, der Mullah, der ihre Exekution gefordert hat. „Sie verlangt „Freiheit für die Vagina“ ... Das ist gegen den Koran und Allah, es ist Gotteslästerung“ (Guardian [London], 10. Dezember 1993). Dies sind die gleichen Kräfte, die Tausende ihrer eigenen Frauen brutal verstoßen und verjagt haben, die von der pakistanischen Armee während des Unabhängigkeitskrieges 1971 vergewaltigt worden waren.

Nasrin gibt nicht klein bei. Bevor sie untertauchte, sagte sie dem Spiegel (13. Juni): „Ich kann nicht aufhören, da-



Rafiqur Rahman

Taslima Nasrin

gegen anzuschreiben ... Ich kämpfe mit der Feder, sie wollen mich mit dem Schwert erschlagen. Ich sage, was ich denke, sie wollen mich töten. Niemals werde ich mich von ihnen einschüchtern lassen, niemals Kompromisse schließen mit einer Regierung, die den Islam als Staatsreligion zuläßt.“

Bekannte Schriftsteller wie Allen Ginsburg, Günter Grass, John Irving, Norman Mailer und Amy Tan haben sich öffentlich für Nasrin ausgesprochen. Ebenso der bekannte, in Bombay geborene, Schriftsteller Salman Rushdie, der selber seit 1988 mit dem Tode bedroht wird, weil das fundamentalistische Regime im Iran eine Fatwa gegen ihn verhängt hat. Indische Frauenorganisationen und Persönlichkeiten aus dem Bereich der Kultur haben gegen die Regierungsangriffe auf Nasrin protestiert. Rund 27 indische Schriftsteller haben den Haftbefehl verurteilt und gesagt, ihr „einziges Verbrechen besteht darin, gegen religiöse Bigotterie, gegen Obskurantismus und Unterdrückung mutig ihre Stimme erhoben zu haben als eine befreite moderne Bürgerin und als eine emanzipierte Frau“ (The Link [Vancouver], 9. Juli).

Es ist die Pflicht der internationalen Arbeiterklasse, sich hinter Nasrin zu stellen. Unsere Mitstreiter vom Partisan

Fortgesetzt auf Seite 6

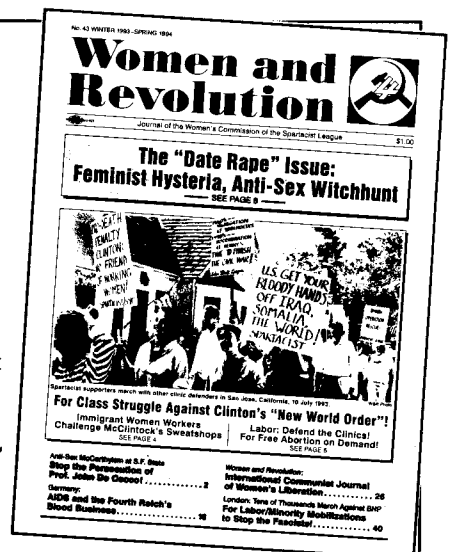
## BESTELLT!

Nr. 43  
Winter 1993/  
Frühjahr 1994  
DM 2,- (48 Seiten)

Englischsprachige  
Zeitschrift der  
Frauenkommission der  
Spartacist League/U.S.

Im Jahres-Abonnement  
von Workers Vanguard,  
14tägige Zeitung der  
Spartacist League/U.S.,  
enthalten  
Seepost: DM 20,-  
Luftpost: DM 50,-

Bestellt bei:  
SpAD, Postfach 555, 10127 Berlin  
Postgiro Frankfurt/Main, Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60



# ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

## Urban-Krankenhaus, Berlin: ÖTV-Protest stoppt Abschiebung!

Natasia ist eine 20jährige Krankenschwester in der Ausbildung, die aus Rumänien stammt. Sie arbeitet seit April 1994 im Berliner Urban-Krankenhaus. Weil ihr Asylantrag abgelehnt wurde, sollte sie Ende Juli abgeschoben werden. Aber die starke Solidarität von Mitschülern, Kollegen und Gewerkschaftern hat ihre Abschiebung verhindert. Dies ist ein großer Erfolg! Natasia kann weiter in Berlin bleiben und ihre Arbeit behalten.

Die Gewerkschaft ÖTV im Krankenhaus hatte sich ihrer Sache angenommen und organisierte per Mundpropaganda am 21. Juli eine Protestkundgebung in der Krankenhaus-Cafeteria. Am frühen Nachmittag versammelten sich 60 bis 80 Kollegen des Krankenhauses vor dem Haupteingang, meistens junge Frauen und einige Immigranten. Sie trugen zwei weiße Banner mit den Aufschriften: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ und „Ausbildung statt Abschiebung!“ Eine Auszubildende hielt eine Rede und protestierte gegen die Abschiebung sowie gegen die Streichung von Ausbildungsplätzen und gegen den Pflegenotstand. Ein zweiter junger Redner der ÖTV stellte den Zusammenhang zwischen den rassistischen Angriffen und der geplanten Abschiebung von Natasia her. Er machte deutlich, daß man mit Natasia solidarisch sein muß, daß die Frage nicht ist,

welche Nationalität man hat, um eine Ausbildung als Krankenschwester machen zu können. Er verwies auch auf die anderen eingewanderten Kollegen, die in diesem Krankenhaus arbeiten.

Etwa 80 bis 100 Beschäftigte des Krankenhauses marschierten dann los, mit drei ÖTV-Fahnen und den Bannern, „begleitet“ von zwei Polizei-Mannschaftswagen, die schon vorher die Kundgebung observierten. Der Demozug stoppte kurz nach Beginn, weil die Sprecherin die Meldung durchgab, daß der Innensenator die Abschiebung beschlossen habe. Als Reaktion auf diesen Beschluß wurde entschieden, daß die Demo zur Krankenhaus-Verwaltung und zum Personalbüro geht. Unter den Rufen: „Ausbildung statt Abschiebung“ bewegte sich der Zug zur Verwaltung, um dort zu protestieren. Natürlich ließ sich da keiner blicken. Auf dem Rückweg gingen die Gewerkschafter zum Schwesternwohnheim, um die Mitschülerinnen von Natasia zum Mitmachen aufzufordern. Demonstranten riefen: „Natasia muß bleiben, Heckelmann vertreiben“. Die Aktion endete dann nach etwa einer Stunde am Ausgangspunkt. Sie hat im kleinen Rahmen gezeigt, welche soziale Macht in einer solchen Gewerkschaftsaktion steckt. ■

## Taslima Nasrin...

Fortsetzung von Seite 5

Defence Committee in Britannien haben bei der Hohen Kommission von Bangladesh in London protestiert, mit den Forderungen: Weg mit allen Anklagen gegen Taslima Nasrin! Gesicherte Ausreise in ein Land ihrer Wahl! In den USA hat das Partisan Defense Committee an die Generalstaatsanwältin Janet Reno geschrieben und politisches Asyl für Nasrin gefordert.

Das erste Mal zog sich Taslima Nasrin 1991 mit ihrem Essay-Sammelband *Ausgewählte Kolumnen* den Haß der Fundamentalisten zu. Darin kritisiert sie den Koran und zitiert daraus, um zu beweisen, daß Religion „Frauen diskriminiert und sie wie sexuelle Waren behandelt“. Im unmittelbaren Brennpunkt von der böartigen Wut der Mullahs steht ihr neuester Roman *Lajja* (Scham). *Lajja* beschreibt eine Hindu-Familie, die von moslemischen Kommunalisten in Bangladesh angegriffen wird, nachdem die Moschee von Ayodhya in Indien von Hindu-Chauvinisten und Faschisten völlig zerstört worden ist. Als die Regierung von Bangladesh dieses Buch im Juli letzten Jahres verbot, waren schon 60 000 Exemplare verkauft worden.

In Indien versuchten die Hindu-Kommunalisten und Faschisten der Bharatiya Janata Party/Vishwa Hindu Parishad (BJP/VHP), *Lajja* für ihre abscheulichen kommunalistischen Ziele zu benutzen. Ihnen geht es nur darum, Pogrome gegen Moslems anzufachen, besonders gegen moslemische eingewanderte „Eindringlinge“ aus Bangladesh, die vor dem schrecklichen Elend ihrer Heimat in die Slums von Westbengalen und in Städte wie Delhi geflohen sind. Nasrin selber sagt: „Es schmerzt mich sehr, was mit meinem Buch in Indien passiert. Ich verurteile genauso die Politik der BJP wie die von Jamaat-e-Islami“ (*India Today*, 31. Oktober 1993).

Es ist mehr als nur offensichtliche, elementare Anständigkeit notwendig, um so klar wie Nasrin Stellung zu beziehen in einer Situation wie im heutigen Bangladesh: Man braucht Mut, besonders wenn man eine Frau ist, von der erwartet wird, daß sie – in Nasrins Worten – „verschleiert, ungebildet und in der Küche“ bleibt. Die Attacken auf Nasrin sind der Brennpunkt eines allgemeinen Sturmangriffs auf die Rechte der Frauen in ganz Bangladesh. Seit der reaktionäre islamische Klerus sein Todesurteil verkündete, hat sich das Fatwabazi (das Verhängen von Fatwas) im ganzen ländlichen Bangladesh ausgebreitet, wo Frauen lebendig begraben, gesteinigt, ausgepeitscht und verbrannt werden, weil sie mit den lokalen Mullahs in Konflikt geraten sind. Zwischen Januar und März wurden 110 Schulen, wo Mädchen unterrichtet werden, in einer von Mullahs dirigierte Kampagne niedergebrannt.

Die mörderische Kampagne gegen Taslima Nasrin wirft ein Schlaglicht auf die Tatsache, daß der Kampf für die Befreiung der Frauen auf dem indischen Subkontinent untrennbar verbunden ist mit dem Kampf gegen religiösen Obskurantismus, bigottes Kastendenken und blutigen Kommunalismus. All dies könnte den Massen entsetzliche Greuel bringen, weit schlimmer als die Schrecken der Teilung von 1947–49, die ein direktes Ergebnis der Teile-und-Herrsche-Politik des britischen Imperialismus gewesen ist. Die Befreiung der Frauen wird nur gelingen durch einen Kampf für *permanente Revolution* – die revolutionäre Machtergreifung und den Sturz des Kapitalismus durch die Arbeiterklasse, die an der Spitze der Bauernschaft, der Masse der unterdrückten Frauen und aller Unterdrückten steht und von einer wirklich kommunistischen (leninistisch-trotzkistischen) Partei geführt wird. *Verteidigt Taslima Nasrin! Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! Für eine sozialistische Föderation Südasiens!*

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 604, 5. August

# Für Massenmobilisierungen zur Verteidigung der Kliniken! Pensacola, USA: Wieder Mord durch Antiabtreibungsterroristen

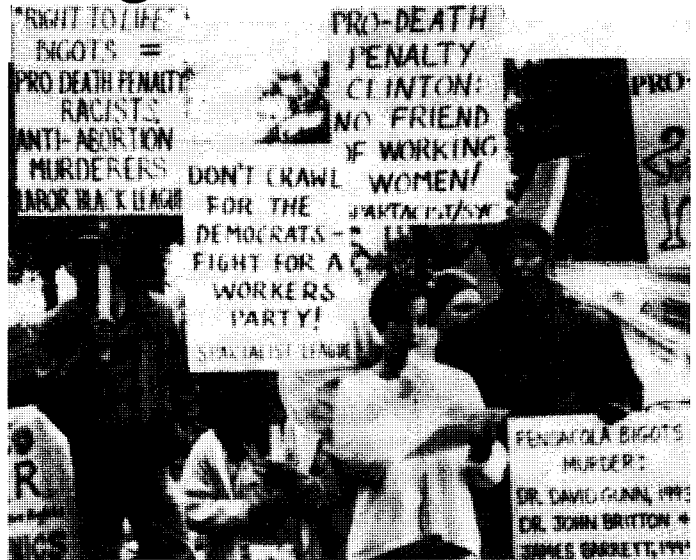
1. August – Der Doppelmord an einem Abtreibungsarzt und seinem freiwilligen Bewacher durch einen Antiabtreibungsterroristen in Pensacola, Florida, war eine blutige Greuelthat, die in der Luft lag. Der Mörder hatte über ein Jahr lang in landesweit ausgestrahlten Fernsehsendungen geifert, daß die Ermordung derer, die Abtreibungen durchführen, ein „zu rechtfertigender Totschlag“ sei. Rund hundert gleichgesinnte Fanatiker, die Führer der Antiabtreibungsbewegung, hatten sich erst vor wenigen Monaten öffentlich bei einer Konferenz in Chicago getroffen, wo offen darüber diskutiert wurde, Ärzte zu ermorden. Der Killer trug dort seine „Position“ vor, daß er für den Tod eintritt. Und dann hat er zugeschlagen.

Die Schüsse aus einem großkalibrigen Schrotgewehr, die der rechte Terrorist Paul Hill am Freitagmorgen, dem 29. Juli, abfeuerte, töteten Dr. John Bayard Britton und seinen Beschützer James Barrett, und Barretts Frau June kam mit Verletzungen davon. Sie hatten gerade ihren Kleinlaster auf dem Parkplatz des Pensacola-Frauen-Zentrums abgestellt, als die Kugeln von sechs oder mehr Schüssen die Windschutzscheibe durchschlugen. Dr. Britton, 69 Jahre alt, war der einzige Arzt, der bereit war, in Pensacola Abtreibungen durchzuführen, nachdem Dr. David Gunn von der anderen Klinik des Ortes im März 1993 umgebracht worden war.

Nach diesen letzten Morden drängen „verantwortliche“ Stimmen das FBI und andere Bundesbehörden, bei der Verteidigung von Abtreibungskliniken aktiv zu werden. Ein Kongreßabgeordneter der Demokraten fordert die Bundespolizei auf, die „gleichen Techniken“ zu benutzen, mit denen sie in der 60er und 70er Jahren den Ku Klux Klan infiltriert haben. Aber die Rolle des FBI in der Bürgerrechtsbewegung war es, den Lynchmördern des KKK Hilfestellung zu leisten – ihre rassistischen „Informanten“ ermordeten die Bürgerrechtsaktivistin Viola Liuzzo und waren 1963 an dem Bombenanschlag auf eine Kirche in Birmingham beteiligt, bei dem vier schwarze Mädchen getötet wurden! Letztes Jahr setzten das FBI und das Bureau of Alcohol, Tobacco and Firearms (Bundesagentur für Alkohol, Tabak und Feuerwaffen) auf Anweisungen von Clinton und Generalstaatsanwältin Janet Reno eine aus Schwarzen und Weißen integrierte religiöse Kommune in der Nähe von Waco, Texas in Brand und ermordeten 86 Männer, Frauen und Kinder.

*Wenn je ein Ereignis gezeigt hat, wie selbstmörderisch fruchtlos es ist, sich auf den kapitalistischen Staat zu verlassen – das Weiße Haus von Clinton, das FBI, die Bullen und Gerichte –, um die Rechte von Frauen und Minderheiten zu verteidigen, dann ist es das mörderische Wüten in Pensacola, Florida. Die kaltblütigen Morde an David Gunn, John Britton und James Barrett schreien nach Gerechtigkeit und Rache. Jetzt, bevor die bigotten Killer wieder zuschlagen, ist es notwendig, daß die Unterstützer des Rechts auf Abtreibung in großer Zahl dafür mobilisieren, die Kliniken auf die einzig mögliche Weise zu verteidigen, nämlich dadurch, daß sie den „Recht-auf-Leben“-Mob wegfeigen.*

In 83 Prozent der Bezirke in den USA gibt es keine Möglichkeit zur Abtreibung, weil es keine Ärzte gibt, die bereit sind, sie durchzuführen. Die Zahl der Blockaden von Abtreibungskliniken schoß allein von 1991 bis 1992 um 900 Prozent in die Höhe. Die Hälfte aller 281 Kliniken, die



Workers Vanguard

## San Francisco, 30. Juli: Spartakisten auf Kundgebung gegen Antiabtreibungsterroristen

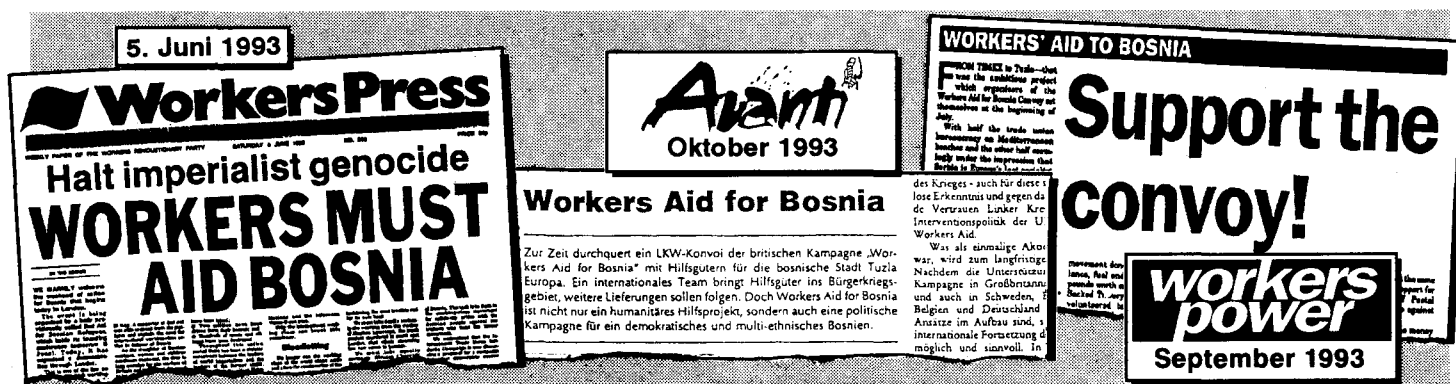
von der Feminist Majority Foundation befragt wurden, berichtete von Vorfällen, die es in den ersten sieben Monaten 1993 gab: Morde, Mordversuche, Vandalismus, Brand- und Sprengstoffanschläge, Angriffe und Körperverletzung, Todesdrohungen und Beschattungen!

„Es sollte schmerzlich klar sein für alle, die nicht blind sind, daß ein komplettes Terrornetzwerk gegen die Abtreibungskliniken existiert“, sagte Kathleen Harris vom Spartacus Youth Club am 30. Juli bei einer Kundgebung in der San Francisco Bay Area. „Die Terroristen der Operation Rescue sind aus dem gleichen Dreckloch gekrochen, das auch die Lynchmobs des Ku Klux Klan ausbrütet. Das gleiche Terrornetzwerk gegen Abtreibungskliniken ist auch verantwortlich für die brennenden Kreuze gegen Schwarze und die Zerschlagung von Streikpostenkettens der Arbeiter.“

Was notwendig ist, um den Krieg zu gewinnen, der um die Abtreibungskliniken tobt, sind kämpferische Massenmobilisierungen, die alle Verteidiger der Frauenrechte einbeziehen und die vor allem versuchen, die soziale Macht der integrierten Arbeiterbewegung zu mobilisieren. Es ist notwendig, den rechten Mob zu verjagen und zu zerstreuen, der die Abtreibungskliniken belagert und damit den Killern wie Hill und Griffin Deckung verschafft. Pensacola ist eine rechte Hochburg, die von der Kriegsmarine dominiert wird. Auf dem nahegelegenen Luftwaffenstützpunkt Eglin trainieren Kommandos für eine Invasion auf Haiti. Noch nicht einmal eine Stunde entfernt liegt Mobile, Alabama, wo der berüchtigte Klan einen Schwarzen gelyncht hat. Aber in Mobile gibt es auch eine starke schwarze Gewerkschafts-ortsgruppe der ILA (Hafenarbeitergewerkschaft), die den Kern einer disziplinierten Abteilung von Gewerkschaftsordnern stellen könnte, die mit den rassistischen Antiabtreibungsterroristen kurzen Prozeß machen könnte.

*Rache für die Ermordung von Dr. Britton und James Barrett durch die Mobilisierung zur Verteidigung der Kliniken! Kostenlose Abtreibung auf Wunsch – Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!*

Nach Workers Vanguard Nr. 604, 5. August



Pseudotrotzkisten fördern „Workers-Aid“-Schwindel, um imperialistische NATO/UN-Intervention gegen Serben zu provozieren

## Pseudo-Linke im Troß des Imperialismus „Workers Aid for Bosnia“: Was dahinter steckt

Stellt euch selbsternannte Linke vor, die das bürgerlich-nationalistische bosnische moslemische Regime mit Versorgungsgütern beliefern und dabei von britischen und französischen imperialistischen Truppen eskortiert werden. Absurd, aber wahr: Das ist „Workers Aid for Bosnia“ („Arbeiterhilfe für Bosnien“).

Seit mehr als einem Jahr hat eine Reihe sogenannter trotzkistischer Gruppen in Westeuropa, besonders Cliff Slaughters britische Workers Revolutionary Party (WRP) und Ernest Mandels Vereinigtes Sekretariat (VS), diese Kampagne betrieben und als Beispiel von „Arbeiterinternationalismus“ dargestellt. Dies gibt dem Wort Doppelzüngigkeit eine völlig neue Bedeutung! Unsere Genossen von der Spartacist League/Britain schrieben über dieses pro-imperialistische Konglomerat, kurz nachdem es in Erscheinung trat: „Langer Rede kurzer Sinn ist, daß ‚Workers Aid for Bosnia‘ die imperialistische Propaganda über das ‚arme kleine Bosnien‘ weiterverkauft und einfach einen Vorwand für eine NATO-Intervention liefert“ (*Workers Hammer* Nr. 137, September/Oktober 1993).

„Workers Aid“ bekommt sein Stichwort zum Einsatz direkt von mächtigeren Kräften der herrschenden Klasse, besonders in Britannien und Frankreich, die die größten Truppenkontingente bei den UN-„Friedens“-Kräften in Ex-Jugoslawien stellen. Die britische konservative Regierung von Premierminister John Major wird von einer unheiligen Allianz angegriffen, die sich von der Labour Party bis zu rechten Tories wie der „Eisernen Lady“ (jetzt Baronin) Margaret Thatcher erstreckt, mit dem Vorwurf, nicht aggressiv genug auf der Seite des bosnischen moslemischen Regimes zu stehen. Zu den Unterstützern von „Workers Aid“ gehören der frühere Labour-Führer Michael Foot und der Vorsitzende des Gewerkschaftsdachverbandes TUC.

Ähnlich in Frankreich, Heimat der größten VS-Gruppierung, wo ein beträchtlicher Flügel innerhalb der herrschenden Kreise — darunter der Führer der Sozialistischen Partei, Michel Rocard — auf eine kriegerischere Linie gegen Serbien drängt. Bei den kürzlichen Wahlen zur Europäischen Gemeinschaft wurde eine Liste „Europa beginnt in Sarajevo“ von Intellektuellen aufgestellt, die an der Studentenrevolte im Mai 68 teilgenommen hatten und seither weit nach rechts gegangen sind. Die Sarajevo-Liste kandidierte

dafür, „Bosnien ins Zentrum der Wahldebatte“ zu stellen, und dafür, das Waffenembargo gegen Bosnien zu beenden. Genau das tun auch die Leute von „Workers Aid“.

In Deutschland hat sich unter der Ägide der *taz* eine unheilige Allianz von Kriegshetzern gegen Serbien zusammengetan, die von Grünen und Feministinnen angeführt wird (siehe dazu auch: „Feministen des Vierten Reichs für Blitzkrieg auf dem Balkan“, *Spartakist* Nr. 103, Mai 1993). Wegen der Nazi-Besetzung kann der deutsche Imperialismus noch nicht offen militärisch auf dem Balkan intervenieren, trotzdem hat er 1991 im Alleingang die Zerstückelung Jugoslawiens durchgesetzt, als er nach dem Teile-und-Herrsche-Prinzip die Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien erzwang. Mitte Juli ließ das Bundesverfassungsgericht verkünden, daß von nun an die Bundeswehr offiziell bei allen Kampfeinsätzen der UNO mitmachen kann.

Aber, wie wir im *Spartakist* Nr. 113 (Juni/Juli 1994) schrieben: Eine direkte militärische Intervention auf dem Balkan „würde eine heftige Antwort von jenen Völkern provozieren, die unter den Nazis gelitten haben, als diese die südslawischen Länder verwüsteten“. Um dieses „Problem“ des Vierten Reichs zu umgehen, ließ sich der Sozialdemokrat und frühere Bremer Bürgermeister Hans Koschnick als „EU-Administrator“ der bosnischen Stadt Mostar einsetzen. „Ich bin kein Protektor“, wehrte sich Koschnick, der mit 200 Polizisten im Troß in die Stadt einmarschierte, um sofort darauf festzustellen: „Notfalls muß auch allein entschieden werden, die Vollmachten dazu habe ich“ (*Süddeutsche Zeitung*, 25. Juli).

Wie die *SZ* zu Koschnicks Einsatz in Mostar schrieb, muß gegen die Serben die „neue Landkarte zur Aufteilung Bosniens“ durchgesetzt werden — d. h. der von den Imperialisten entworfene „vereinigte“ kroatisch-moslemische Staat. *Avanti*, die Zeitung der VS-Unterstützer in Deutschland und hiesiges Sprachrohr der „Workers-Aid“-Kampagne, reiht sich in diese finstere Kampagne unter der Rubrik der Verteidigung „eines kleinen Volkes“ ein und stellt zu diesem Zweck einfach die Realität auf den Kopf: „In Wahrheit ist allein Serbien Nutznießer der imperialistischen Intervention. Das Waffenembargo gegen die Kriegführenden trifft praktisch nur die ‚Moslems‘“ (Oktober 1993). Und in *Inprekorr* sekundiert eine Mandel-Unterstützerin:



**Mostar, 1941 – 45:  
Nazi-Besatzung in  
Jugoslawien führte  
zum Mord an fast zwei  
Millionen Menschen.  
Heute setzen die deut-  
schen Imperialisten  
SPD-Koschnick als  
Administrator ein. Sie  
wollen wieder den  
Balkan beherrschen**



econ-Verlag

„Der Frieden mit den Kroaten, und die Föderation in Herzeg-Bosnia. Und das gibt Hoffnung“ (Juni 1994). Das Wort Antiimperialismus ist für diese armseligen Zentristen Mandelscher Schule inzwischen ein Fremdwort geworden.

In *Workers Press* von der WRP, die die „Workers-Aid“-Kampagne zum „Zentrum ihrer politischen Arbeit“ erklärt, erscheint regelmäßig die riesige Schlagzeile „Timex nach Tuzla“, womit der Timex-Streik in Schottland, der eine Niederlage erlitten hat, mit der bosnischen Bergarbeiterstadt verbunden werden soll, auf die ihre Kampagne abzielt. Zeitungsberichte über die verschiedenen Unterstützer von „Workers Aid“ beschreiben den multiethnischen Charakter der Bergarbeiter in Tuzla und wie diese dem britischen Bergarbeiterstreik von 1984/85 Unterstützung schickten. Aber die Kampagne von „Workers Aid“ hat *nichts* damit zu tun, die multinationale Arbeiterklasse der früheren Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zu unterstützen. Diese „linken“ Scharlatane nutzen zynisch die Not der Bergarbeiter in Tuzla aus, um in diesem dreiseitigen Bruderkrieg im ehemaligen Jugoslawien *politische Unterstützung für die bosnische moslemische Regierung zu propagieren und auf imperialistische Unterstützung für Bosnien zu drängen.*

Welche Reste von Säkularismus und Einheit über kommunalistische Fronten hinweg in Städten wie Tuzla noch existieren mögen, sie wurden überschwemmt von nationalistischen und kommunalistischen Kräften aller Seiten, auch denen der bosnischen Regierung. Tatsächlich ist eine der Tragödien des konterrevolutionären Auseinanderbrechens von Jugoslawien, das von WRP und den anderen Unterstützern von „Workers Aid“ nach besten Kräften unterstützt wurde, das Auseinanderreißen zutiefst integrierter Gemeinschaften. Im Verlauf des Bürgerkriegs wurde die serbische Bevölkerung Tuzlas von 20 000 auf kaum 8000 reduziert, und ehemals serbische Dörfer in der Umgebung wurden dem Erdboden gleichgemacht. Die vorherrschende politische Kraft dort ist jetzt die moslemische nationalistische Partei der Demokratischen Aktion. Eine Frau aus Tuzla, die auf die wachsende Präsenz islamischer Extremisten hinwies, klagte: „Ich kann auf der Straße kein Minikleid tragen, ohne daß sie mich verfluchen. Sie sagen, ich solle mich schämen.“

### „Bringt die Imperialisten dazu, zu kämpfen“?

*Workers Press* ist zu einer unverfrorenen Presseagentur des Regimes von Alija Izetbegovic in Sarajevo geworden, das als eine multinationale Regierung dargestellt wird, „demokratisch gewählt vom bosnischen Volk als ganzem“ (*Workers Press*, 7. August 1993). Die WRP öfnet imperialistische Propaganda nach, daß der serbische starke Mann Slobodan Milosevic „der Hitler des Balkans“ sei (*Workers Press*, 31. Juli 1993). In Wirklichkeit ist Izetbegovic ein

genauso eingefleischter Nationalist wie Milosevic. Die „Islamische Deklaration“ des bosnischen Führers rief 1990 zur „Islamisierung der Moslems“ auf. Einer seiner Militärbefehlshaber identifiziert sich mit dem vom CIA finanzierten afghanischen fundamentalistischen Killer Gulbuddin Hekmatyar und erklärt: „Bosnien muß ein moslemisches Land sein“ (Londoner *Sunday Times*, 27. Juni 1993).

Aber selbst wenn das Regime in Sarajevo säkularistisch wäre, was es nicht ist, gäbe es für revolutionäre Sozialisten immer noch keine Basis, den moslemischen Kräften militärische Unterstützung gegen die Serben zu geben. Bosnien ist keine Nation und es gibt kein bosnisches „Volk“. Bosnien-Herzegowina, früher eine Provinz im Osmanischen und dann im Habsburger Reich, wurde im titoistischen Jugoslawien als eine Einzelrepublik errichtet, die ein Modell der interethnischen Harmonie unter den drei eng verwandten Völkern sein sollte – den Serben, Kroaten und slawischen Moslems –, die inzwischen auf einem geographischen Gebiet zusammenlebten.

Seit der jugoslawische bürokratisch deformierte Arbeiterstaat 1991 entlang nationaler Linien auseinanderbrach, erlebt Bosnien einen kommunalistischen Krieg, bei dem alle Seiten Greuelthaten verüben und „ethnische Säuberungen“ durchführen, deren Ausmaß jeweils vom sich verlagernden militärischen Kräfteverhältnis bestimmt ist. Innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Konterrevolution muß jeder Sieg für die bosnischen Moslems notwendigerweise auf Kosten der Serben und Kroaten gehen. Es kann keine demokratische Lösung für den blutigen nationalistischen Konflikt in Bosnien oder anderen Regionen Ex-Jugoslawiens geben ohne eine proletarische Revolution, die zu einer Sozialistischen Föderation des Balkans führt.

Eine solche Perspektive ist den Anhängern von Slaughters WRP, Mandels VS usw. zutiefst fremd, deren höchstes Ziel darin besteht, erfolgreich ihre eigene imperialistische Bourgeoisie unter Druck zu setzen. Bezeichnenderweise wird in einer kürzlichen Erklärung der Slaughter-Leute, wo sie einen Zusammenschluß ihrer Workers International mit der morenoistischen International Workers League vorschlagen auf der Basis ihrer „gemeinsamen Intervention in der Kampagne Workers Aid for Bosnia“, das Wort Imperialismus nicht einmal erwähnt. Kein Zufall, wie man so schön sagt. Das Regime in Sarajevo konzentriert seine Militärstrategie darauf, die Intervention der Imperialisten gegen die Serben zu provozieren. An dieser Stelle kommt „Workers Aid“ ins Spiel.

„Workers Aid“ fordert von den „friedenssichernden“ UN-Kräften Garantien für „sichere Passage“ und besteht besonders darauf, daß die Imperialisten eine Route durch den nördlichen Korridor Bosniens sichern. Vor einem zwei-

Fortgesetzt auf Seite 10

## „Workers Aid“ ...

Fortsetzung von Seite 9

ten Konvoi im Frühjahr schrieb Dot Gibson, Mitglied der Workers International, direkt an den kroatischen Verteidigungsminister, dieser solle „veranlassen, daß die Blockade auf der nördlichen Route von Orasje nach Tuzla aufgehoben wird“ (*Workers Press*, 15. Januar). Bei einer Konferenz zur „Berichterstattung“ über den Konvoi forderte ein Banner letzten Oktober in London: „Die UNO muß die nördliche Route nach Tuzla öffnen!“ Warum die nördliche Route? Weil dies von den Serben gehaltenes Gebiet ist. *Die WRP ruft direkt die imperialistischen UN-Kräfte auf, serbische Positionen anzugreifen. Und darüber hinaus ist ihr Zielgebiet der Posavina-Korridor durch Brcko, wo die bosnischen Moslems Kräfte für ihre nächste Offensive zusammenziehen!*

Früher forderten Slaughter und Co. ständig: „Bringt die Labour-Linken dazu, zu kämpfen“, heute proklamieren sie: „Bringt die Imperialisten dazu, zu kämpfen!“

Mittlerweile setzte das VS seine eigene „International Workers Aid“ ein – mit einem Büro in der kroatischen Stadt Split – und prahlt damit, das Zagreber Regime des Apologeten der faschistischen Ustascha, Franjo Tudjman, aufgefordert zu haben, sie offiziell als eine „nicht der Regierung zugehörige Organisation“ anzuerkennen (*International Viewpoint*, April 1994)! Die Mandelianer brüsten sich damit, daß ihre Unterstützer tatsächlich am Steuer der Lastwagen in diesen UN-Hilfskonvois sitzen. Vielleicht machen einige deutsche Mandel-Unterstützer ja einen Umweg über Mostar, um sich vom SPD-Ex-„Linken“ Koschnick und den 70 deutschen Bullen, die „Mostars Polizei beraten und ausbilden“ sollen (*Spiegel*, 15. August), Unterstützung zu holen. Das wäre nichts Neues für das VS, sie taten das gleiche Anfang der 80er Jahre für die polnische Solidarność, wobei sie vom CIA „gespendete“ Lieferungen durch ihre Kanäle in der SPD und anderen westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien transportierten.

### Workers Power: Hier weht die blaue Flagge der UNO

Die linke Flanke des proimperialistischen „Workers Aid“-Konglomerats stellt die britische Gruppe Workers Power (in Deutschland Gruppe Arbeitermacht), die auch die Forderung nach „Solidarität mit den bosnischen Moslems!“ erhebt. WP klagt, die Nord-Routen-Strategie der WRP „könnte leicht als Aufruf an die UNO interpretiert werden, sich ihren Weg da durchzuschießen“, und sie schelten das VS, weil es sich weigert, auch nur der Form halber ihrer „International Workers Aid“ eine Plakette „UNO raus aus dem Balkan“ anzustecken (*Workers Power*, Dezember 1993). Aber diese ach-so-prinzipienfesten Opportunisten erachten es als „vollständig legitim, zu fordern, daß die UNO dem WAFB-Konvoi [Workers Aid for Bosnia] die Erlaubnis gibt, den von Serben kontrollierten Posavina-Korridor zu passieren, und eine symbolische UN-Eskorte an die Spitze des Konvois stellt“. Es geht doch nichts darüber, den Generalleutnant der britischen SAS (Spezial-Lufteinheit) Sir Michael Rose, UN-Kommandant für Bosnien (früher bei den britischen Besatzungstruppen in Nordirland), bei der Fahrt als Begleiter zu haben, damit man sich so richtig sicher fühlt.

Und tatsächlich, was Workers Power im wesentlichen an der imperialistischen Präsenz in Bosnien ärgert, ist, daß Sir Michael & Co. „keinen Finger gerührt haben, um die ethnischen Säuberungen“ seitens der Serben „zu stoppen“. Der gleiche Artikel, der „UN-Truppen raus aus dem Balkan“ fordert, drängt auch auf Unterstützung einer Streikpostenkette vor den Büros der Vereinten Nationen in London, um

„die Öffnung des Flughafens von Tuzla“ zu fordern. WP erhebt außerdem die Parole „Hebt das Waffenembargo auf“. Aus dem Mund von Workers Power & Co. ist dies nur ein unaufrichtiger Aufruf an die Imperialisten (und den ultrareaktionären saudischen Monarchen und die iranischen Mullahs!), die bürgerlich-nationalistischen bosnischen moslemischen Kräfte zu bewaffnen.

Nicht, daß das „arme kleine Bosnien“ irgendwelche Schwierigkeiten hätte, Waffen zu bekommen. Besonders seit der vom deutschen Imperialismus eingefädelten Bildung der bosnisch-kroatischen Föderation letztes Frühjahr ist das moslemische nationalistische Regime via Zagreb mit Waffen überschüttet worden. Anfang Mai schaffte ein iranischer Lufttransport mindestens 60 Tonnen Sprengstoff und andere Rohmaterialien zur Waffenproduktion heran. Die bosnischen moslemischen Kräfte wurden weiterhin durch „Freiwillige“ aus der Türkei, Malaysia und durch Veteranen des vom CIA unterstützten Mudschaheddin-Kriegs in Afghanistan verstärkt. Aber das sollte für VS, WRP und WP, die allesamt gegen die sowjetische Intervention gegen Feudalkräfte in Afghanistan waren, kein Problem sein.

Auch für ihre Forderung, den Flughafen von Tuzla zu öffnen, genießt Workers Power „breite“ (bürgerliche) Unterstützung. Dies wurde zum Schlachtruf für antiserbische Falken im Westen, als US- und NATO-Kräfte im Frühjahr serbische Positionen bombardierten, um Belgrad unter Druck zu setzen, ein imperialistisches Ultimatum zu akzeptieren. Im Mai rief US-Admiral Leighton Smith, Kommandant der Südflotte der NATO, dazu auf, ein „Ausnahmegbiet“ um Tuzla zu schaffen, um die Konzentration von serbischen Waffen nahe dem Flughafen zu eliminieren.

Mit ihrem Aufruf zur Solidarität mit den bosnischen Moslems haben sich Workers Power et al. ganz direkt in den Dienst des nationalistischen Regimes in Sarajevo und seiner imperialistischen NATO-Sponsoren gestellt. WP, dauernd auf der Suche nach einem kleineren Übel, hopt immer wieder einer anderen reaktionären Kraft hinterher: Erst vor zwei Jahren hielten ihre österreichischen Genossen eine gemeinsame Aktion mit serbischen Nationalisten und Faschisten ab!

Als proletarische Internationalisten sind wir Gegner aller Seiten in dieser Orgie des mörderischen Nationalismus, die das frühere Jugoslawien zerrissen hat. Gleichzeitig kämpfen wir gegen die von UNO/NATO gegen Serbien verhängte Wirtschaftsblockade und wir rufen auf zur Verteidigung der serbischen Kräfte gegen einen *imperialistischen* militärischen Angriff.

Nach Workers Vanguard Nr. 604, 5. August

### Korrektur

Im *Spartakist* Nr. 113 (Juni/Juli 1994) ist uns in dem Artikel „Im Nachtrab der Konterrevolution: Mandelianer verkünden ‚Überlegenheit des Kapitalismus‘“ leider ein Fehler passiert. Dort setzten wir uns unter anderem mit den Positionen des *Avanti*-Redakteurs Hans-Jürgen Schulz auseinander. Als in der Kreuzberger PDS-Zeitschrift *Gegendruck* ein Hansjürgen Schulze seinen Eintritt in die PDS bekanntgab, schlossen wir fälschlicherweise, daß es sich um jenen Hans-Jürgen Schulz handelt. Es stellte sich aber heraus, daß dies nicht der Fall ist. Was übrigens nichts daran ändert, daß der Mandelianer Schulz mit seiner Position zur DDR, wie wir feststellten, „den politischen Schulterschuß mit dem PDS-Wahlstrategen André Brie, der schon vor Jahren die DDR mit dem Begriff ‚feudalistisch‘ belegte“, vollzog.



**Spartakist-  
Jugend**

**Antifa-Jugend will keine politische Polizei**

# JRE/Voran: Sommer-Camp-Pleite

Vom 13. bis 20. August hatte die Sozialistische Alternativen Voran (SAV)/Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) zur Teilnahme am internationalen Anti-Nazi-Camp in Reinwarzhofen aufgerufen. Rund 1400 Jugendliche aus ganz Europa kamen nach Bayern, um darüber zu debattieren, wie man die Nazis und Rassisten stoppt. Klar, daß auch wir Spartakisten dorthin fuhren, um mitzustreiten. Und wir waren bereit für eine heiße politische Debatte.

## Merkwürdiges im „Willy-Brandt-Lager“

Wir wollten unsere Perspektive vorstellen: die Mobilisierung der Arbeiterklasse mit ihrem strategisch wichtigen ImmigrantInnen-Bestandteil, die zusammen mit antirassistischen Jugendlichen die Macht hat, die faschistischen Mörder zu zerschlagen. Direkt entgegengesetzt zur marxistischen Strategie ist die Politik von Militant/Voran/JRE, Vertrauen in den bürgerlichen Staat zu setzen, seine Bullen und Gesetze. Und tatsächlich zeigten sie ihre sozialdemokratische Perspektive in jedem Aspekt dieses merkwürdigen Camps, vom Anfang bis zum Ende.

Das Camp fand gerade in der Woche statt, in der die Faschisten anlässlich des Todestages von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß zahlreiche Provokationen in verschiedenen Städten ankündigten. Wunsiedel, wo die Faschisten sonst jedes Jahr aufmarschierten, war nur 70 km vom Camp entfernt. Und Reinwarzhofen selbst war bis 1945 Nazi-Hochburg. In der Nähe des Camps gab es ein Gehöft Mengele, das dem Bruder des berühmten Nazi-„Arztes“ gehört, der Tausende im Konzentrationslager Auschwitz ermordete und der dann in Argentinien von seiner Familie jahrzehntelang unterstützt wurde. In den Wäldern bei den Zelten fanden Jugendliche Geräte, die von Nazis zum „Training“ benutzt werden. Ein Angriff auf das Camp mußte daher befürchtet werden. Viele Jugendliche nahmen die Camp-Losung „Stoppt Nazis und Rassisten“ wörtlich.

Tatsächlich gab es am 17. August eine sehr konkrete Gefahr aus dem Wald. Denn an diesem Todestag von Rudolf Heß griffen Nazis das Camp an (siehe weiter unten). Und genau darauf war Militant/Voran nicht vorbereitet. Von einer Organisation, deren Politik es ist, dem bürgerlichen Staat zu vertrauen, werden Jugendliche wirklicher Gefahr ausgesetzt, wenn die Faschisten angreifen. Als auf einem Sicherheitsmeeting am Montag Antifaschisten über kleine Gruppen von Nazis berichteten, die um das Camp schlichen, sagte der Chefordner: „Keine Panik, Leute, denn die Nazis werden uns nicht angreifen“. Und der Führer von Voran meinte sogar, daß „Faschisten niemals eine antifaschistische Versammlung von dieser Größe in Deutschland angegriffen“ hätten. Kein Wunder, daß jeder bei dieser Aussage nervös wurde. Die Verharmlosung von faschistischen Angriffen durch Voran/JRE geht einher mit ihrer Unterstützung von Lichterketten Anfang 1993, als ihre Teilnahme entgegengesetzt war zu unserem Angebot einer Aktionseinheit, ein ImmigrantInnenwohnheim in Berlin vor drohenden Naziangriffen zu schützen.

Die JRE-Führung hatte sich für 1994 das „größte und bestorganisierte Antifa-Camp Europas“ als Hauptaktivität vorgenommen. Und wie in Goethes „Zauberlehrling“ wurden die Voranler der Geister, die sie zum „Anti-Nazi-Camp“ riefen, kaum Herr. Denn der Kampf gegen den Faschismus kann nicht getrennt werden vom Kampf gegen das kapitalistische System selbst, das den Faschismus ausbrütet. So mußte sich die Auseinandersetzung auf diesem Camp auf die Frage zuspitzen: Reform oder Revolution.

Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) hatten zum Camp eine neue Broschüre „Voran/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat“ auf Französisch und Englisch herausgebracht sowie die etwas gekürzte Version im Spartakist-Paket auf Deutsch (siehe Anzeige in dieser Zeitung). Sie beinhaltet eine Polemik, die eine Antwort auf eine Verleumdungsschrift der Gauche Révolutionnaire/Jeunesse Communiste Révolutionnaire (GR/JCR) ist, sowie den Text einer Broschüre der GR/JCR, die gegen uns Spartakisten und gegen Pouvoir Ouvrier (PO, französische Schwesterorganisation der britischen Workers Power [WP], in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) gerichtet ist. Unsere Tendenz ist stolz darauf, daß sie die Polemiken unserer Opponenten gegen uns *allen* zugänglich macht. Denn nur in einer offenen politischen Debatte werden die besten Argumente überzeugen und damit Kämpfer zu einer siegreichen Strategie gegen Nazi-Terror gewinnen. Der Text der JCR, der im Namen von Vornings internationaler Bruderorganisation Militant Labour und ihrem Komitee für eine Arbeiterinternationale geschrieben wurde, entlarvt die eklatante antimarxistische Position der Militant/Voran-Tendenz über die Bullen, die in ihren Augen „Arbeiter in Uniform“ sind.

Wir Spartakisten, die als Gruppe von Mitgliedern der Sektionen und der Spartakist-Jugend aus Irland, Frankreich, Italien und Deutschland angereist waren, intervenierten in einer Reihe von Meetings. Unsere Genossin von der LTF sprach beim Sonntag-Meeting „Staat und Faschismus“: „Für Militante, die gegen Faschismus kämpfen wollen, ist die Haltung zur Polizei und damit zum kapitalistischen Staat zentral. Aber Militant/Voran möchte die Bullen ‚gewinnen‘, für sie sind sie ‚Arbeiter in Uniform‘, die man in die Arbeiterbewegung hereinholt.“ Mit diesem Zitat betonte sie, daß die Bullen *die Faust des Kapitals gegen die Arbeiter sind*. Die Analyse Trotzki: „Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter“ (*Was nun*, 1932), wurde von Militant/Voran vehement mit Beispielen von „Realpolitik“ gekontert: Wie sinnvoll es sei, daß die tschechische JRE mit Privatbullen zusammenarbeitet, daß die belgische JRE stolz ist, daß sie auf Bullenschutz gegen den Flamenblock vertraut. In London sei es richtig gewesen, an den Stadtrat zu appellieren, das BNP-Hauptquartier zu schließen (pikante Nachfrage der JRE-Übersetzerin: „Ist das wirklich unsere Position?“). Und in Copenbrügge in Deutschland durfte sogar der Polizeieinsatzleiter über das JRE-Mega reden.

Diese surreale „Praxis“ oder besser selbstmörderische Politik führte zu verständlichem Frust unter Camp-Teil-

*Fortgesetzt auf Seite 12*

## JRE/Voran...

Fortsetzung von Seite 11

nehmern, die sich unter einem Anti-Nazi-Camp keine Veranstaltung zugunsten einer Verbrüderung mit Bullen vorgestellt hatten. Unsere Genossen schilderten dagegen die exemplarische Arbeit mit der Arbeiter/Schwarzenmobilisierung in Springfield; in dieser Hauptstadt des US-Bundesstaates Illinois hatte der Ku Klux Klan am 16. Januar, dem Martin-Luther-King-Tag, marschieren wollen. Wir berichteten über die Arbeiter/Immigrantenmobilisierung zur Verteidigung eines Wohnheims in Berlin am 30. Januar letzten Jahres, dem Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, und zeigten damit das Potential zur Gewinnung der Arbeiterklasse. Die Faschisten wurden gestoppt, und wegen der gewerkschaftlichen Unterstützung griff die Polizei nicht an.

Für revolutionäre Trotzlisten wie für Immigranten und viele Jugendliche sind die Bullen die bezahlten Schlägerbanden der kapitalistischen Herrscher. Voran/JRE dagegen vertritt die Position für „gewerkschaftliche“ Organisation der Bullen, die auf junge Antifaschisten einprügeln. Darüber wurde das Camp unter den von Schweden bis Spanien angereisten Jugendlichen polarisiert. Unser Verkauf von über 100 Broschüren und die Bestellungen von Abonnements unserer Zeitungen *Spartakist*, *Workers Hammer*, *Espartaco* und *Le Bolchévik* auf diesem Camp bestätigten das große Interesse an diesen Fragen. Statt freiem, scharfem Schlag austausch wurden die Camp-Teilnehmer aber mit Begegnungen ganz besonderer Art konfrontiert.

Nicht nur bahnte sich ein politisches Desaster für die Voran-Führung auf dem Camp an, wo ihnen die Jugendlichen davonliefen („schuldig“ dafür wurden wir Spartakisten gesprochen, weil angeblich ihre JREler nicht dorthin gingen, wo Spartakisten auftauchen könnten!). Von Beginn an war das Camp auch von organisatorischem Chaos begleitet, was Essen, Finanzierung des Camps und seine Sicherheit anging. Kein Wunder, daß sich Jugendliche anfangs kaum für den Ordnerdienst des Camps meldeten. Denn was sollte ihre Aufgabe sein? Nicht etwa, sich gegen die Nazis zu verteidigen (wofür wir Spartakisten uns schon im Bus von Berlin meldeten), sondern die Jugendlichen auf dem Camp zu reglementieren (Alkohol erst ab 18 Uhr usw.).

Darüber hinaus erhielten wir im Camp eine praktische Lektion dessen, was Trotzki als die Funktionsweise der Sozialdemokratie beschrieben hat, nämlich daß sie als politische Polizei in der Arbeiterbewegung fungiert. Auf dem Camp fing es allerdings als Hooligan-Methode an. Damien Elliott, Führer der französischen GR/JCR-Gruppe, *prügelte* am Sonntag auf unseren Genossen von der Ligue trotskyste de France (LTF) ein, weil eine junge JRE-Genossin aus Frankreich die politische Neugier hatte, eine Broschüre von den Spartakisten zu kaufen. Als die junge Frau gegen diesen Angriff laut protestierte, wurde sogar sie von Elliotts Schlägertypen weggeschleppt. Daß Leute Zuflucht zur körperlichen Gewalt nehmen, um eine Debatte innerhalb der Arbeiterbewegung zu unterdrücken, ist uralte. Sie ist ein Merkmal der Sozialdemokraten und Stalinisten, die auf eine feige Unterdrückung der revolutionären Kritik zurückgreifen, wenn sie keine politischen Antworten haben.

In einem geradezu grotesken Versuch, die Spartakisten mundtot zu machen, entfalteten nun die Führer des Camps eine Lügenkampagne ausgerechnet gegen die Zielscheibe des gewalttätigen Angriffs. Denn diesen Angriff hatten viele gesehen, die lauthals gegen diese Gangstermethoden in den Reihen der Linken und Arbeiterbewegung protestierten. Gegen diese Anwendung körperlicher Gewalt innerhalb der sozialistischen Bewegung protestierte außer uns auch das Internationalist Trotskyist Committee (ITC), das mit Mitgliedern aus USA, Britannien und Deutschland zum Camp

kam, gegenüber den Organisatoren. Sie und andere, wie Mitglieder der SDAJ (die zuvor von Voranlern als Stalinisten beschimpft wurden), stellten sich für unseren Schutz zur Verfügung, während der Ordner von Voran sich den Protest anhörte und nichts unternahm. Der Camp-Führer Sascha drohte sogar mit dem Ausschluß unserer französischen Genossen. Dieser Angriff brachte Militant/Voran eine Menge Probleme, denn viele ihrer eigenen Unterstützer, auch in Frankreich, waren entsetzt.

Wenn es schon schwarze Listen gab, dann waren wir Spartakisten natürlich auf Platz eins. Die Paranoia ging ganz schön weit. Laut *Camp news* Nr. 3 vom 17. August hätten wir die Leute mit unseren Flugblättern vom Essen abgehalten, und dies war mit einer Drohung an die Camper verbunden: „so folks, don't discuss with strangers before meal!“ [So Leute, diskutiert vor dem Essen nicht mit Fremden] Und im Liebesroman dieser Zeitung war Godaharts Liebe dramatisch gefährdet, denn als er seiner Liebsten folgte, versperrte ein Flugblatt seinen Weg. „Wird Godahart sich den verbalen Fängen des Spartakisten entziehen können?“, fragte der Artikel. Und ein Gebet eines „kleinbürgerlichen Anarchisten“ klagte: „Und führe uns nicht nach Sparta, sondern erlöse uns von den Spaltern.“

Was für die einen eine sündhafte „Versuchung“ war, war für andere JREler eine politische Herausforderung zur Auseinandersetzung mit uns. So besuchten uns JREler am Büchertisch, die mit den Angriffen auf uns gar nicht einverstanden waren. Sie wollten unser Flugblatt „Voran: Vorkämpfer für Anschluß“ (siehe Seite 15) diskutieren. Dabei erzählten sie, ihre Führung habe intern zugegeben, daß ihre Position von 1990, „SPD in die Offensive“ und „SED-Vermögen enteignen“, ein „Fehler“ gewesen sei.

Heute ruft Voran/JRE nicht nur zur Wahl der SPD, sondern auch der PDS auf. Dies scheint ein Widerspruch zu sein, schließlich haben sie sich jahrelang als Willy-Brandt-Enkel an der SPD-geführten Hexenjagd beteiligt. Aber jetzt, wo die PDS sich als Steigbügelhalter für Scharping verpflichtet hat, ist die PDS für die Voranler akzeptabel, die seit Gründung der JRE versuchen, die Jugend für Scharpings SPD heranzuziehen. Eigentlich wollten sie ursprünglich Wahlveranstaltungen auf dem Camp abhalten (Bisky war extra angefragt). Dieses Treffen fiel wie viele andere bombastisch angekündigte Meetings ins Wasser.

Offensichtlich kamen der Militant/Voran-Führung die JCR-Angriffe auf uns Trotzlisten ganz gelegen, um ihr Mütchen zu kühlen. Und schließlich sind die JCRler ihre Genossen, für die sie verantwortlich sind. In den *Camp news* (Nr. 1, 14. August) wurde unter dem Titel „JRE und Spartakisten“ flugs erklärt, daß unsere französische Sektion eine von Elliotts Veranstaltungen in Frankreich „tätlich“ gestört hätte. In einem Flugblatt „Wovor hat Damien Elliott von der JCR Angst?“, das wir am nächsten Tag an 500 Jugendliche verteilten, fragten wir, warum niemand im Camp, nicht einmal Elliott, diese verlogene Beschuldigung vorher erhoben hatte, sondern erst „nach seinem Angriff auf uns und seinem Bedürfnis, den Angriff zu ‚erklären‘?“ Keine Antwort!

Über diese einfache Frage kam Workers Power ins Trudeln. Nachdem ihr Vertreter noch am Sonntag nachmittag intervenierte, daß „das einzig Traurige am Camp ... die provokatorische Rolle der Spartakisten“ sei, mußte der gleiche Typ im Auftrag seiner Organisation am Abend unseren Genossen gegenüber erklären, daß sie uns verteidigen und gegen unseren Ausschluß protestieren.

Den Unmut vieler Jugendlicher gegen die offen sozialdemokratische Politik versuchte die Gruppe Spartakus (die erst nach vielen Monaten Entrismus in die JRE Hamburg und Kreuzberg den „pro-sozialdemokratischen“ Charakter von Voran entdeckte) auf ihre Art auszunutzen. Denn ihr

„revolutionärer Antifaschismus“, den sie angeblich der Voran-Politik entgegengesetzte, entpuppte sich schon auf dem Camp als heiße Luft (siehe Seite 14). Quasi als „JRE-Basisopposition“ griff sie daher zum Mottenkistenargument aller Antikommunisten gegen die Zentrale (vor allem im Ausland) von Voran/Militant: „Was da in London und Köln doch so alles möglich ist!“ (JRE: Spielweise der pro-sozialdemokratischen VORAN!“ 8. Juli) In klassisch sozialdemokratischer Weise setzen sie finanzielle Erpressung ein und rufen zum „Beitragsstreik“ auf: „Wir unterstützen auch die Praxis der Freiburger JRE, keine Mitgliedsbeiträge mehr an JRE abzuführen“. Damit stellten sie eigentlich nur eine Karikatur auf Voran selbst dar.

Wovor Elliott Angst hat, versuchten uns Voranler zu erklären, die sozusagen mit einer „politischen Entschuldigung“ der Angriffe aufwarteten. Wir sollen ihn Faschist genannt haben. Stünde denn nicht in unserer Broschüre, daß GR/JCR-Führer Damien Elliott sich „an einer französischen Version der ‚rot-braunen Koalition‘ durch seinen Block mit der faschistisch verseuchten Zeitung *l'Idiot international*“ beteiligt hat? Nun, damit hat er sich eine sehr unappetitliche Gesellschaft ausgesucht, welche aus einem verrotteten Flügel der KPF-Intellektuellen besteht, die mit dem rechten Ideologen Marc Cohen zusammenarbeiten. Voran/Militant teilt im übrigen auch die Position von Elliotts JCR in Frankreich, die in ihrer Broschüre sogar die verhaßte Bereitschaftspolizei CRS unterstützt. Die CRS war 1961 in Paris verantwortlich für das Massaker an Hunderten algerischen Arbeitern. Während des Generalstreiks im Mai 1968 war die Parole kampfbereiter Arbeiter und Studenten gegen diese blutigen Streikbrecher: „CRS ist gleich SS“.

Die Methoden der Camp-Führung folgten nur ihrer Politik. Der erste Gang war, kritische Stimmen nicht zu Wort kommen zu lassen und physische Angriffe ihrer französischen Sektion auf die Spartakisten zu erlauben; der zweite war, die Jugendlichen gegen „Theorie“ zu impfen. Aber selbst die Rettungsmanöver der Camp-Leitung, nun

kleinere, noch mehr „praxisbezogene“ Veranstaltungen nach dem Motto „Wie gründe ich eine JRE-Gruppe“ auszurufen, wurden eher als Pflichtübung empfunden – und die Jugendlichen blieben lieber im Zelt oder gingen ins Café im Dorf. Statt dessen tauchten am Klo und bei den Infoständen Aufrufe für Treffen von Jugendlichen auf, die aus der JRE austreten wollten. Natürlich wurde dieses „Übel“ sogleich uns Spartakisten in die Schuhe geschoben. Auch die Kampagne „gegen Theorie“, ausgerufen von der JRE Berlin, schlug fehl. Denn nach der Intervention eines Unterstützers der Spartakist-Jugend über ihre JRE-Kampagne zur Schließung des Nazi-Ladens „No Remorse“ im Bezirk Berlin-Pankow, wo sie ihren guten Kontakt zu den Bullen lobten, mußten die JREler zugeben, daß der Laden noch steht!

Voran war 21 Jahre als loyale Opposition in der SPD und Militant über vier Jahrzehnte in der britischen Labour Party. Geradezu symbolisch paßte es dazu, wie ein Genosse vom Camp berichtete, daß in der Sturmnacht des 17. August auf dem Hauptplatz das Plakat „No pasarán“, das von Militant angebracht worden war, wegwehte und darunter der wahre Name des Zeltplatzes „Willy Brandt“ sichtbar wurde.

Aber auch Gruppen, die nicht für ihre Vorliebe für „Willy“ bekannt sind und ein linkeres Gesicht zeigten, konnten sich nicht als Alternative darstellen. So beispielsweise das ITC, das bei Voran/Militant/JRE mitarbeitet. Ihre Mitglieder, die sie zum Camp brachten, bestanden aus Immigranten, Schwarzen und Schwulen. Dies steht in Kontrast zur Ausrichtung von Voran, unter überwiegend weißen Jugendlichen zu rekrutieren. Das ITC aber organisierte auf diesem Camp ein Treffen für alle „Schwarzen“, wo es obszönerweise weiße Antifaschisten ausschloß. Nur unsere Genossin protestierte dort gegen diese Ausschlußpolitik und betonte das Fehlen einer proletarischen Orientierung bei ITC. Sie argumentierte gegen den Sektoralismus, der sogar zum eigenen Antrag dieses „Black Caucus“, der zu

Fortgesetzt auf Seite 14

**Spartakist-Broschüre — Neu!**

**Voran/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat**

Diese Broschüre ist eine Gegenüberstellung zwischen der revolutionären Politik der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) und dem Reformismus des Committee for a Workers International (CWI — Komitee für eine Arbeiterinternationale), geführt von der Organisation Militant Labour in Britannien, deren deutsche Organisation die Sozialistische Alternative Voran (SAV) ist.

Sie enthält auf Deutsch einen Auszug der Broschüre der Gauche révolutionnaire/Jeunesses communistes révolutionnaires (GR/JCR), „Die Internationale und der Staat“, und eine Antwort der IKL.

Auf Englisch und Französisch ist der gesamte Text der Broschüre der GR/JCR mit unserer Antwort erhältlich.

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin, Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Spartakist Paket

Brochure spartaciste

**La touchante confiance de Militant Labour dans l'Etat capitaliste**

Introduction

- Pour des mobilisations ouvrières immenses pour stopper les licenciements et le chômage - 11 mai 1993 - France - 204
- Les syndicats, les ministres et la gauche doivent se mobiliser par chaises des fascistes des rues!
- Supplément à *Militant Labour*, paru le 15 octobre 1993 à Londres
- Militant, le SWP et la question des fics - Supplément à *Militant Labour*, paru le 18 octobre 1993 à Londres
- L'Internationale et l'Etat - Tome de la structure de la Gauche révolutionnaire et des autres courants révolutionnaires
- La touchante confiance de Militant Labour dans l'Etat capitaliste - Réponse de la ICL - "Internationale et l'Etat"


France: 10 FF Beige

Le Broom - BP 12-12  
7540 Paris Cedex 12 Publié par la ICL  
1993

**Voran/Militant Labour: Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat**

Spartacist Pamphlet

**Militant Labour's touching faith in the capitalist state**



Oppress, 1984: heroic British miners battle strike-breaking cops. John Brown, Reuters

Includes Gauche révolutionnaire/Jeunesses communistes révolutionnaires pamphlet, The International and the State, with reply by the International Communist League (Fourth Internationalist).

US/Canada \$1.00    Austria \$1.00    Ireland/UKrain £0.50

Published by Spartacist Publications  
PO Box 101, London NW9 3ET Printed by Chartist Office (UK)

**Deutsche Ausgabe (18 Seiten): DM 2,-**

**Englische Ausgabe (32 Seiten): DM 2,-**

**Französische Ausgabe (35 Seiten): DM 2,-**

# „Revolutionärer“ Antifaschismus der Gruppe Spartakus: Nur heiße Luft

Die Gruppe Spartakus (GS), auch als JRE Kreuzberg bekannt, ist beim Sommer-Camp der JRE mit der Linie herausgekommen: „Es reicht! JRE: Kein Platz für linke, revolutionäre Anti-Fa's“. In einem Flugblatt warteten sie plötzlich mit der Erkenntnis auf: „JRE ist als Frontorganisation der pro-sozialdemokratischen VORAN zur Wahlkampf- und Helfstruppe für die SPD/PDS- und Gewerkschaftsführung verkommen.“ Mal abgesehen von dem „pro“ bei der seit Jahrzehnten sozialdemokratischen Voran, wann denn setzte laut GS dieser Prozeß des „Verkommens“ ein? Vor knapp einem Jahr jubelte die Gruppe Spartakus noch bei einer Veranstaltung im Berliner Linkstreff in höchsten Tönen über die Tatsache, daß Jugendliche sich bei der „pro“-sozialdemokratischen JRE Marzahn organisierten.

An der Politik von SAV/JRE hat sich nichts geändert. Aber eine ganze Reihe Jugendlicher hat die JRE inzwischen wieder verlassen, weil sie gegen die Nazis kämpfen wollen, statt einen Wahlverein für die SPD/PDS aufzubauen. Deshalb kam jetzt der groß posaunte Austritt der GS, die sich die ganze Zeit als Verteidiger des „JRE-Programms“ gegen Voran aufgespielt hat. Obwohl doch von Anfang an klar war, daß der JRE-Spruch „die Nazis stoppen“ in schreiendem Gegensatz zur gesamten Voran/JRE-Politik stand, Druck auf die SPD und den Staat auszuüben.

Aber gerade davon unterscheidet sich die Gruppe Spartakus nur in Nuancen. Ihre Mitglieder haben sich Anfang der 80er Jahre feige aus unserer Organisation verdrückt, weil sie dem antisowjetischen Kriegskurs der Imperialisten nicht standhalten konnten. Nachdem sie den Kampf für eine revolutionäre Partei aufgegeben hatten, blieb ihnen nur die Nachtrabpolitik gegenüber anderen Kräften – im wesentlichen der Sozialdemokratie. Dies zeigte sich drastisch bei ihrer Intervention in die keimende politische Revolution in der DDR, wo sie Modrow zur „Hauptgefahr“ erklärten und wie gebannt auf die SPD starrten, das Trojanische Pferd der Konterrevolution.

Während die GS hin und wieder, wenn es nichts kostet, Lippenbekenntnisse zur Mobilisierung der Arbeiterklasse ablegt, hat ihre Praxis nichts damit zu tun. Denn der Kampf für die Mobilisierung der Arbeiter bedeutet harten politischen Kampf gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie. Und den wollen die GSler nicht führen, sondern propagieren statt dessen eine „Einheit der Linken“.

Daß dies ein Rezept für die Niederlage ist, konnte man am 20. April bei den Mobilisierungen gegen das vom Vierten Reich geplante Fußball-Länderspiel und die damit verbundenen Nazi-Drohungen in Berlin sehen. Die Aktivitäten der GS erschöpften sich darin, einen aufgeblasenen

angeblichen „Entwurf eines offenen Briefes an die Gewerkschaften“ herauszugeben, den sie der JRE zur Genehmigung vorlegte. Als Voran/JRE abwinkten, die auf „rote Karten“ gegen Nazis setzten, war für die GS die Luft raus.

Tatsächlich führte die Gewerkschaftsjugend zusammen mit den GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus zum 20. April und 1. Mai in Berlin Aktionswochen durch, die für Revolutionäre eine wichtige Gelegenheit waren, um dafür zu intervenieren, die angedrohten Nazi-Provokationen durch die Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten zu verhindern. Sogar die Berliner DGB-Vorsitzende Bretz spürte diesmal soviel Druck aus den Reihen der Gewerkschaften, daß sie eine Erklärung herausgab, Berlin dürfe nicht zum „Schauplatz rechtsextremer Gewaltpropaganda werden“. Allerdings richtete sie sich damit in gefährlicher und selbstmörderischer Weise an den Berliner Senat, die Nazis zu verbieten – eine Politik, die auch von den GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus unterstützt wurde.

Am 1. Mai verhinderte eine Mobilisierung von Gewerkschaftern, Immigranten, Linken und antifaschistischen Jugendlichen tatsächlich eine Provokation der FAP-Nazis in Berlin. Wir berichteten in *Spartakist* Nr. 113 (Juni/Juli 1994) über den Charakter dieser Mobilisierung, die ein Ansatz für eine wirkliche Arbeiteraktion war, „angesichts eines kleinen, aber sehr gut sichtbaren Gewerkschaftskontingents in einer antifaschistischen Demo von einigen hundert in Johannisthal, überwiegend Jugendliche und Autonome, *ließen die Nazis sich nicht blicken*“.

Für die GS ist diese Aktion jedoch keiner Erwähnung wert (auch nicht in den Materialien ihrer „JRE Kreuzberg“). Statt dessen wurde die von ihr prophezeite Niederlage der Linken im voraus gefeiert: „Die Berliner sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen verharren in verbrecherischer Passivität“ (*Bolschewik* Nr. 5, April 1994, verkauft am 20. April). Aber wer „verharrte“ hier nach Kräften mit?

Während Genossen der SpAD auf den Demonstrationenmärschen und auf dem Lustgarten mit dabei waren, Gewerkschafter und Immigranten nach Johannisthal zu mobilisieren, meinte GS-Alt-Führer Henning am Lustgarten zu seinen Anhängern: „Nichts für uns!“ Sein Stellvertreter versuchte derweil mit zwei anderen GSlern in Johannisthal, den Antifaschisten den Artikel mit der angekündigten „Niederlage“ anzubieten. Aber an diesem Tag hatte die – wenn auch bescheidene – Mobilisierung der Gewerkschaften erreicht, um den Sieg gegen die Nazis zu sichern! Jede wirkliche Mobilisierung ist der Gruppe Spartakus ein Greuel.■

## JRE/Voran...

Fortsetzung von Seite 13

einer „integrierten JRE“ aufrief, entgegengesetzt war. Allerdings stimmten dann die Militant/Voran-Mitglieder gegen diesen Antrag. Die integrierte Macht der Arbeiterklasse ist notwendig, um die Faschisten wegzufegen.

Und obwohl das ITC in einem Antrag an Militant/JRE scharf forderte, alle Formulierungen, die zur Reform der Polizei aufrufen, zurückzuweisen, sorgt diese Organisation in den USA in der Praxis genau wie Militant dafür, daß sich Antifaschisten dem „Schutz der Polizei“ ausliefern. So geschehen zum Beispiel bei einer Aktion gegen den Ku

Klux Klan am 15. Januar in Columbus/Ohio, wo sie Teile der Demonstranten in den Kessel der Polizei führten und die Durchsuchung der Antifaschisten mit Detektoren hinnahmen. Dies wurde auch hier zu einer brennenden Frage, als am ersten Tag des Camps in Rudolstadt 200 Antifaschisten durch Linke und Gewerkschaftsordner in einen Polizeikessel geführt wurden. Mitglieder der deutschen Gruppe des ITC (die in Mönchengladbach als Arbeitskreis kommunistische Politik arbeiten), erklärten unseren Genossen auf dem Camp, daß man „mit Nazis diskutieren“ müsse!

Natürlich steckt auch Voran/JRE tief in der Kampagne, „mit Nazis/Skinheads zu reden“. Für die JRE nämlich „sind

Fortgesetzt auf Seite 17

# Viertes Reich: Nazi-Terror, Massenelend, Frauenunterdrückung Vorán: Vorkämpfer für Anschluß

Nachstehend drucken wir ein Flugblatt vom 11. August ab, das wir auf dem „Anti-Nazi-Camp“ der JRE verteilen.

In ganz Europa ist eine neue Generation von Jugendlichen auf die Straße gegangen, die gegen den bedrohlichen Anstieg des Nazi-Terrors, besonders in Deutschland, kämpfen wollen. Einige organisieren sich bei der Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) und suchen dort ein Programm, um die Faschisten wirklich zu stoppen.

Gegründet wurde die JRE von Vorán und diversen Juso-Unterbezirken im Sommer 1992 zu dem Zweck, daß – so der Antrag der Kasseler Jusos auf dem Juso-Bundeskongreß Ende 1992 in Bonn – „Ansehen und politischer Einfluß von Jusos unter ostdeutschen Jugendlichen zu nehmen, was in Anbetracht des traurigen Zustandes vieler Juso-Untergliederungen in den neuen Ländern bitter nötig ist“. Es ging also um Stimmenfang für die Sozialdemokratie.

Und das haben sie versucht. Aber nach empörten Protesten gegen einen SPD-Wahlauftritt auf dem Frankfurter JRE-Kongreß im Januar mußte Vorán bekennen: „Jugendliche und ArbeiterInnen, die sich wehren wollen, sehen keine Ansatzpunkte in der SPD und kommen zur Zeit nicht auf die Idee, in die Partei einzutreten“ (Vorán, Mai/Juni 1994). Also trat Plan B in Kraft: SPD indirekt.

Deshalb haben sie nach über 20 Jahren loyaler Mitarbeit in der SPD Schluß gemacht, und jetzt heißt es: „Die SAV will eine kämpferische ... Alternative bieten zu SPD und PDS, die nicht über die Grenzen der kapitalistischen Marktwirtschaft hinausgehen wollen.“ Aber zur gleichen Zeit rufen sie dann im Superwahljahr 1994 dazu auf ... sozialdemokratisch zu wählen. Diesmal aber durch die Hintertür, nämlich für SPD und PDS.

Weder die Wahl von Scharpings Partei der Asylrecht-Vernichtung und der Bundeswehreinsätze noch von Gysis Ostpartei der Klassenzusammenarbeit und des Ausverkaufs der DDR wird den Nazi-Terror verhindern, sondern notwendig ist die unabhängige Mobilisierung der Arbeiter/Immigranten. Und um wirklich gegen die Nazis vorzugehen, muß man die Grundlage des braunen Terrors bekämpfen.

Die kapitalistische Wiedervereinigung hat den Faschisten ungeheuren Aufschwung verschafft. Mit der Zerstörung der DDR kam der deutsche Nationalismus wieder hoch, der aus dem gestärkten Vierten Reich genährt wird. Was hat Vorán dazu gesagt? Heute behaupten sie (Vorán, Mai/Juni 1994):

„Wir haben eine Vereinigung auf kapitalistischer Grundlage zunächst nicht für möglich gehalten. Als sie sich dennoch abzeichnete, weil in das entstandene politische Vakuum keine sozialistische Kraft, sondern der BRD-Kapitalismus stieß, haben wir gegen die Politik des kapitalistischen Anschlusses gekämpft.“

Gegen den Anschluß „gekämpft“? Sehen wir uns das an.

Zuerst zur Behauptung, eine „Vereinigung auf kapitalistischer Grundlage“ sei nicht möglich gewesen. Eine blau-

äugige Fehleinschätzung? Keineswegs! Die ständige Entwarnung vor der konterrevolutionären Gefahr diente dazu, ihre Unterstützung für die SPD abzudecken, die damals der Vorreiter für den Anschluß war. Als Ende 1989 Hunderttausende in der DDR für einen besseren Sozialismus demonstrierten, führte die SPD unter dem Motto „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ ihren Berliner



Vorán setzte auf das Trojanische Pferd der imperialistischen Konterrevolution in der DDR: die SPD. Ihr „Antistalinismus“ war antikommunistische Hexenjagd

Parteitag durch, wo Brandt seine berüchtigte nationalistische Rede hielt. Vorán aber fand, daß Lafontaine und andere diese Linie nicht genügend unterstützten, deshalb wollten Brandts Enkel von Vorán sie besonders vorantreiben.

„SPD in die Offensive!“ forderte Vorán auf der Titelseite, und die jetzige SAV-Vorsitzende Angela Bankert bestand in ihrem Bericht über den SPD-Kongreß auf dem „Recht auf nationale Selbstbestimmung, das wir bedingungslos verteidigen müssen“ (Vorán, Februar 1990). Also, Kämpfer gegen die kapitalistische Wiedervereinigung? Mitnichten.

Was war die DDR? Nach der marxistischen Analyse Trotzki's war die DDR ein deformierter Arbeiterstaat, wo auf Basis von proletarischen Eigentumsformen und einer Planwirtschaft produziert wurde, nicht für Profit. Trotz bürokratischer Mißwirtschaft hieß das, daß es keine Arbeitslosigkeit gab. Über 90 Prozent der Frauen waren berufstätig, weil die Kinderversorgung gut abgedeckt war; dies bedeutete auch, daß sie von den Männern finanziell unabhängig waren. Abtreibung war erlaubt und kostenlos, die Wohnungen waren bezahlbar, Obdachlose gab es nicht. Und kein Jugendlicher mußte Existenzangst haben, denn Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit waren in der

Fortgesetzt auf Seite 16

**Wir Spartakisten kämpften für revolutionäre Wiedervereinigung:  
Für ein rotes Rätendeutschland!**

## Vorkämpfer für Anschluß...

Fortsetzung von Seite 15

DDR unbekannt; und ihre Schulen und Jugendklubs wurden nicht von Nazibanden terrorisiert. Ihre Lebensgrundlage war gesichert, weil der Kapitalismus in der DDR beseitigt worden war. Obwohl die DDR vor vier Jahren zerstört worden ist, erinnern sich viele Jugendliche in Ostdeutschland noch daran.

Die Stalinisten konnten nicht für die Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterstaaten kämpfen. Die Existenz der Bürokratie basierte auf den übriggebliebenen Errungenschaften der Oktoberrevolution, aber gleichzeitig spielten sie gegenüber dem Imperialismus die Rolle eines Vermittlers. Ihre Grundlage war die nationalistische Entstellung und Ablehnung des Programms der Kommunistischen Internationale von Lenin und Trotzki, die sich in dem Hirngespinnst vom „Sozialismus in einem Land“ und der Politik der „friedlichen Koexistenz“ mit den Imperialisten ausdrückte. Die Bürokratie brach zusammen, als die Alternative Revolution oder Konterrevolution auf der Tagesordnung war, denn sie hatte kein Programm für die Ausweitung der sozialistischen Revolution. Die einzige Möglichkeit, die Errungenschaften der DDR zu verteidigen, war der Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands als industrieller Kern der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Die Intervention der Internationalen Kommunistischen Liga in die Ereignisse in der DDR steht in scharfem Kontrast zu der von Voran. Statt Entwarnung zu geben, sagten wir: „Die DDR ist in Gefahr. Westdeutsche Revanchisten und ihre SPD/SDP-Handlanger wollen die DDR verschlingen“ (*Arbeiterpressekorespondenz* Nr. 1, 7. Dezember 1989). Wir riefen zu Arbeiter- und Soldatenräten auf, um die Organisierung der Produktion in die Hand zu nehmen. Sie wären zuallererst politische Organe der Macht der Arbeiter gewesen, der *Diktatur des Proletariats*, um die Errungenschaften des Arbeiterstaats zu verteidigen und die Revolution nach Westen auszuweiten. Wir betonten von Anfang an, daß die Sozialdemokratie wegen ihrer Geschichte und ihrer Rolle als bürgerliche Arbeiterpartei als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution“ agierte.

Wir haben mit all unseren Kräften gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft und die DDR verteidigt. Was aber hat Voran getan? Sie haben gefordert, daß „die SPD-Führungen in der BRD und der DDR (die ihre Politik ja miteinander abstimmen) in der DDR verstärkt in die Offensive gehen“ (*Voran*, Februar 1990). Dabei rief das SDP-Programm vom 24. Juli 1989 offen zu „sozialer Marktwirtschaft“ und zur „Entmilitarisierung der Gesellschaft und des Gebiets der DDR“ auf, also zur Zerschlagung der Planwirtschaft und Entwaffnung des deformierten Arbeiterstaats DDR gegenüber dem Imperialismus. Kein Wunder, daß die für ihre SPD-Liebe verschrienen *Voran*-Verkäufer damals bei Ostberliner Demos oft auf wütende Proteste stießen.

Ungeachtet aller Beschönigungen durch SPD/Voran war der faschistische Terror eine unheilvolle Begleiterscheinung des Drangs nach der Wiedervereinigung. Es gab Überfälle auf DDR-Vertragsarbeiter und Schändungen von jüdischen Friedhöfen. In Leipzig marschierten verstärkt Skinheads und deutschnationale Elemente auf, die die Speerspitze des Nationalismus bildeten. Als die Faschisten das sowjetische Ehrenmal zum Sieg der Roten Armee in Berlin-Treptow schändeten, initiierten die Spartakisten im Januar 1990 einen antifaschistischen Einheitsfrontprotest, dem sich die SED-PDS anschloß.

Unser Aufruf zur Treptower Kundgebung warnte klar vor den Folgen der Konterrevolution:

„Noch ist der wiederaufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen. Heute ist die SPD/SDP das Hauptinstrument, ein solches Großdeutschland herbeizuführen.“

Eine Viertelmillion Menschen sammelte sich am 3. Januar 1990. Diese Demonstration war ein machtvolles Zeichen des revolutionären Potentials der Arbeiterklasse: für die Sowjetunion, gegen Kapitalismus und Faschismus. Wir schlugen gemeinsame Streifen von Sowjet- und NVA-Soldaten mit Arbeitermilizen vor, um die Faschisten zu stoppen (*Arprekorr* Nr. 15, 4. Januar 1990).

Voran dagegen verbreitete die Hetzkampagne der *Bild*-Zeitung über die Antifaschisten: „Anfang Januar versuchte die inzwischen weiter geschrumpfte SED-PDS durch eine gezielte Kampagne gegen (aufgebauchte) faschistische Umtriebe wieder das Heft in die Hand zu bekommen“ (*Voran*, März 1990). In der ganzen Zeit zwischen November 1989 und April 1990 findet man *kein Wort* in *Voran* über die faschistische Gefahr. Es handele sich um „einzelne Jugendliche, die das Regime ärgern wollen, oder sogar um Provokationen von SED-Unterstützern“, schrieb ihre britische Schwesterzeitung *Militant* (12. Januar 1990).

Der deutsche Nationalismus war die Lokomotive für die Konterrevolution, und Voran heizte nach Kräften mit. Im „deutschen Interesse“ schrieb *Voran*: „Die Teilung Deutschlands nach dem Krieg war ein schmerzhafter Einschnitt in einen lebendigen Organismus“ (*Voran*, Februar 1990). Hatte dieser „lebendige Organismus“ nicht einen Namen, und zwar das Dritte Reich der Nazis? Die Rote Armee hat 1945 Europa von diesem barbarischen Terror-Regime befreit! Doch in ihrem Extrablatt vom 25. Januar schrieb Voran:

„Das deutsche Volk hat das gleiche Recht auf Selbstbestimmung wie jedes andere. Nur die Deutschen haben das Recht zu entscheiden, ob es eine Vereinigung geben sollte – ohne Einmischung von Moskau und Washington.“

Wir unterstützen die Vereinigung jeder Nation – auch der deutschen – als eine historisch fortschrittliche Entwicklung und als ein demokratisches Recht.“

Was für ein jämmerliches Beispiel von deutschnationalen „Marxisten“, die ein „demokratisches Recht“ auf Konterrevolution vertreten. Das war auch jahrzehntelang die Politik der Sozialdemokratie, und wie man sieht, war und bleibt die Unterstützung der SPD das Programm von Voran.

Der Arbeiterstaat DDR war durch eine *Klassenlinie* vom imperialistischen Westdeutschland abgetrennt. Deshalb konnte die nationale Frage nur auf eine Weise *im Interesse der Arbeiter* gelöst werden, durch ein *rotes Rätendeutschland*. Aber es ist der Kernpunkt aller Reformisten, demokratische Fragen höher als die Klassenfrage zu stellen und die Konterrevolution als „Fortschritt“ zu bejubeln, um die Zerstörung der Arbeiterstaaten zu rechtfertigen. Auch in der Sowjetunion und in Osteuropa hat Voran jede antisowjetische Bewegung unterstützt, die auftauchte: von Walesas nationalistischer *Solidarność* in Polen bis zu „Zar“ Boris Jelzin in der ehemaligen UdSSR.

Es gehört schon einige Chuzpe dazu, wenn die SAV heute behauptet, sie hätte „gegen die Politik des kapitalistischen Anschlusses gekämpft“. Bei den Volkskammerwahlen, wo wir Spartakisten mit der Forderung „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung“ kandidierten, forderte Voran: „Enteignet den gesamten Besitz der SED-PDS... Macht die Volkskammerwahl und die Kommunalwahlen zu einer eindrucksvollen Abstimmung gegen die SED-PDS (oder wie sie dann immer heißen mag) und die alten



Blockparteien“ (Vorán, Februar 1990). Solche Sprüche könnten der jetzigen Hetze eines CDU-Hintze als Vorbild gedient haben.

Dies mag erstaunlich sein, wenn man sieht, daß Vorán jetzt eifrig dazu aufruft, die PDS zu wählen. Aber nicht Vorán hat sich geändert: Die sozialdemokratische PDS hat inzwischen ihre Loyalität gegenüber den Kapitalisten unter Beweis gestellt. Sie kroch vor der antikommunistischen Hexenjagd auf dem Bauch, mit der jeder Widerstand kriminalisiert werden soll und die weiterhin ein Kernpunkt für den kapitalistischen Anschluß ist. Deshalb haben wir Trotzlisten DDR-Repräsentanten wie Mielke, Honecker, Keßler und Markus Wolf gegen die rachsüchtige Hexenjagd verteidigt.

Jetzt behauptet die Gruppe Spartakus, die in der JRE herumwerkelt, eine linke Opposition zu Vorán darzustellen. Im Februar 1990 erklärten sie, es habe keine Ansätze einer politischen Revolution gegeben, was ihren tiefen historischen Pessimismus in die Arbeiterklasse zeigte. Auch für sie waren die Stalinisten der Hauptfeind (im Dezember stellten sie die Losung auf: „Nein zur Regierung Modrow – Hauptgefahr für die DDR!“). Und sie griffen die Treptower Demonstration dafür an, daß wir die Sozialdemokraten nicht zu Hilfe gerufen hatten – die gleiche SPD, die die

Hetze gegen die DDR betrieb und mit Nazi-Skinheads schwarzrotgoldene Aufmärsche abhielt! Diese Leute hatten also dieselbe Linie wie Kohl, Brandt und Vorán.

Zusammengefaßt: Vorán war Anfang 1990 an der Seite derjenigen, die den deutschen Nationalismus ankurbelten, der die Konterrevolution vorantrieb und dem Nazi-Terror einen fürchterlichen Auftrieb gegeben hat. Heute verniedlichen sie erneut die Nazi-Gefahr, um Illusionen in den bürgerlichen Staat zu verbreiten. In ihrem internationalen Konferenzdokument von 1993 behaupten sie: „Nie wieder wird die Bourgeoisie bereit sein, ihr Schicksal kleinbürgerlichen, faschistischen Emporkömmlingen anzuvertrauen.“ Also dienen die Antifa-Aktivitäten von SAV/JRE nur dazu, Druck auf die Sozialdemokratie und den bürgerlichen Staat auszuüben. Aber der Faschismus hat seine Wurzeln im Kapitalismus und kann nur endgültig zerschlagen werden, wenn wir die Bourgeoisie durch sozialistische Weltrevolution enteignet haben.

Der Schlüssel dafür, zu gewinnen, ist eine revolutionäre Partei, die die Lehren der Vergangenheit vermittelt und die Aufgaben klar stellt. Jugendliche, die die welthistorischen Ereignisse um den Zusammenbruch des Stalinismus verstehen wollen, werden bei uns das Programm für den Kommunismus finden. Schließt euch der Spartakist-Jugend an! ■

## JRE/Vorán...

Fortsetzung von Seite 14

jugendliche Faschisten insofern Opfer dieser Gesellschaft, als daß sie auf Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot reagieren“ (Vorán, Nr. 157, Dezember/Januar). Dieses „Verständnis“ trieb sie dazu, daß in Mönchengladbach die JRE einen angeblich „ehemaligen“ Nazi in ihren Sprecherrat wählte, der sich mit Typen in Bomberjacken und Springerstiefeln umgibt. Und darauf sind sie auch noch stolz!

Auf „No-pasarán“-Plakaten wurde für Mittwoch abend mit einer Disco, wo auch Oi-„Musik“ angekündigt wurde, eine ganze Schicht von Skinhead-Fans zum Camp geködert. Da nutzte es auch nichts, daß Vorán T-Shirts mit Kapuzen verteilte, damit jeder im Camp die „guten“ von den übrigen Skins unterscheiden könnte. Denn wer Oi-„Bands“ einlädt, muß sich auf üble Gesellschaft gefaßt machen. Oi-„Musik“ war der Schlachtruf der Skinheads in Britannien, um Pakistaner zusammenzuschlagen, sie ist nur eine andere Version der Sieg-Heil-Rufe der Nazis. Und viele Camp-Teilnehmer wollten richtigerweise damit keinen Kontakt haben, obwohl sich die selbsternannten „roten“ Skinheads krampfhaft bemühten, ein Flugblatt „Skinhead yes – Fascists no“ zu verteilen.

Wie sehr sich die Stimmung auf dem Zeltplatz aufbaute, die zu einer gefährlichen Situation führte, beschreibt ein Genosse der Dublin Spartacist Group:

„Leute rasierten ihr Kopfhaar weg als Vorbereitung zum Konzert. Zivilisten und Faschisten wurden gesehen, die beim Lager auftauchten. Aber es war sehr schwierig, den Unterschied zu machen, wer Faschist war und wer nicht. Manche dieser Leute sahen wirklich finster aus. Am späten Nachmittag fand noch ein Fußballspiel England/Deutschland statt. Nachdem die ersten Anfeuerungsrufe ‚England, England‘ über den Platz hallten, mochte ich den Rest gar nicht mehr hören. Die Dinge gerieten außer Kontrolle. Das Fußballspiel gab es kurz vor dem Abdudeln der Oi-„Musik“, und dies geschah zur gleichen Zeit, als die Schüsse abgefeuert wurden.“

Was passierte in dieser Nacht? Während autonome Jugendliche gegen einen erwarteten Ansturm von Nazis Barrikaden errichteten – entgegen der Anweisung der JRE-Ordner, versteht sich –, regierte im Camp das Chaos. Ver-

schiedene Berichte kursierten im Lager, daß zehn Faschisten vom Camp vertrieben wurden, daß ein Faschist gefangen worden war und durch seine „Kameraden“ befreit wurde. Ein Mitglied des ITC erzählte uns, daß ihm erst Ausrüstung ausgehändigt wurde, die ihm dann wieder vom Ordnerdienst abgenommen wurde. Dann sollte er in die Wälder in Richtung der Schüsse laufen, ohne irgendeine Idee darüber, wohin er eigentlich gehen sollte. Eine 15jährige erzählte ihrem Vater am Telefon, wie sie zusammen mit 20 anderen ihrer Gruppe um 4 Uhr früh aus dem Zelt gerissen und gegen 50 vermutete Faschisten in die Wälder am Lagerrand geschickt wurde!

Kein Wunder, daß sich nach diesem Debakel das Camp schnell leerte! Und die Pleite für Vorán/JRE war durch ihre sozialdemokratische Politik vorbereitet worden; denn wer glaubt, daß die Bullen zu „Verbündeten unter den Massen“ der Arbeiterklasse werden könnten? Die trotzkistische Strategie der Mobilisierung der Arbeiter ist ein notwendiger Teil der politischen Organisation des Proletariats zur Verteidigung seiner Klasseninteressen und für den Kampf um seine eigene Staatsmacht, damit das kapitalistische System und sein Repressionsapparat – dessen Kern die Polizei ausmacht – hinweggefegt wird. Die Frage Reform oder Revolution wird im Kampf gegen die reformistischen Irreführer durch die Schmiedung einer revolutionären Partei entschieden. Dies sind die brennenden Fragen für antifaschistische Jugendliche und für klassenbewußte Arbeiter, die besonders in der Frage der Bullen Klarheit erlangen wollen. Das Camp hat aus diesem Bedürfnis einen Hohn gemacht.

Aber das Camp war doch zu etwas gut: Dort haben wir durch unsere Intervention den Kern der Spartakist-Jugend aufgebaut, deren Aufgabe es ist, Jugendliche für das Programm des Kommunismus zu gewinnen. Spartakist-Jugendklubs sollen für junge Kommunisten zu einer Schule der revolutionären Aktion und Erziehung werden. Denn wie Lenin sagt: Keine revolutionäre Praxis ohne revolutionäre Theorie! Die Spartakist-Jugend entwickelt im Kampf die zukünftigen Kader der leninistisch-trotzkistischen Partei, die notwendig ist, um die Arbeiterklasse durch die internationale sozialistische Revolution zur Macht zu führen. Kämpft mit uns für den Kommunismus von Marx, Lenin und Trotski. Schließt Euch der Spartakist-Jugend an! ■

## SPD, PDS...

Fortsetzung von Seite 1

freigegebenen Bundeswehreinsetzung bis zum Lohnraub-Pflegegesetz, das die Profite der Bosse statt die alten Menschen pflegt. Und bei der Stasi-Hexenjagd im Osten hat sie die Führung übernommen. Für die Faschisten wiederum liefert diese rassistische Allparteienkoalition, die „Ausländer“ als Sündenböcke für das vom Kapitalismus verursachte wirtschaftliche Elend benutzt, das Stichwort.

Außerdem hat die SPD ihre eigene Arbeiterbasis unter Beschuß genommen, mittels ihrer Kontrolle über den DGB lähmt sie die Gewerkschaften angesichts der kapitalistischen Offensive. Im ÖTV-Streik 1992 demonstrierten die Arbeiter ihre soziale Macht und zeigten danach wiederholt ihre Bereitschaft zu kämpfen. Aber der Ausverkauf durch die DGB-Bonzen hat immer wieder zu Reallohnsenkungen geführt und die Arbeiter wehrlos gegenüber der steigenden Massenarbeitslosigkeit gemacht. Im Osten half die SPD-geführte Gewerkschaftsbürokratie der Treuhand durch die Betriebsräte, die Industrie zu zerstören. Im Westen handelten die IG-Metall-Spitzen eine „Viertagewoche“ bei Volkswagen aus (bei bis zu 20 Prozent Lohnverlust), angeblich um drohende Massenentlassungen zu vermeiden. Doch seit dem starken Anstieg der Autoproduktion schufteten die Arbeiter immer noch fünf Tage pro Woche, allerdings zu den erheblich niedrigeren Löhnen! Und während Kohl und die Wirtschaftspresse über einen Aufschwung tönen, hat dies keine neuen Arbeitsplätze geschaffen.

### PDS: Warum die Ausverkäufer der DDR nicht die Opfer vom Anschluß verteidigen können

Viele antirassistische Jugendliche und im Osten oft auch ihre Eltern sehen in der PDS eine linke Alternative zur rassistischen SPD. Bei den Europawahlen im Juni erhielt die PDS im Osten 20 Prozent der Stimmen, und in Ostberlin sogar über 40 Prozent (und wurde damit zur stärksten Partei). In Sachsen-Anhalt hängt die Koalitionsregierung von SPD und Bündnis 90/Grüne von der Unterstützung durch die PDS ab. Dies ist eine scharfe Kehrtwendung gegenüber der antikommunistischen Stimmung zur Zeit der Wiedervereinigung 1990, die von Litauen bis Polen und Ungarn einen allgemeinen Trend in Osteuropa widerspiegelt, wo die als Sozialdemokraten wiedergeborenen Ex-Stalinisten als Gegenreaktion auf die kapitalistische Restauration breite Unterstützung bekommen haben.

Die großen Wahlerfolge der PDS führt das Wahlforschungsinstitut Emnid auf „Einheitsfrust“ zurück. In einer hysterischen Reaktion auf die kürzlichen Erfolge der PDS haben CDU und SPD nur eine noch schärfere Gangart der Hexenjagd anzubieten, wobei der Kalte Krieger und IG-Chemie-Bonze SPD-Rappe gemeinsam mit Kohl mit Schaum vorm Mund über die „rotlackierten Faschisten der PDS“ geifert. Doch das brachte der PDS im Osten nur noch mehr Sympathie ein. Als der Reichskanzler in Frankfurt/Oder redete, wurde er mit roten und DDR-Fahnen begrüßt und mit einem riesigen Banner „Zeit, eure Socken zu wechseln“, in Anspielung auf das berüchtigte CDU-Plakat mit den „Roten Socken“.

Aber wie Gysi dem *Spiegel* (1. August) sagte, sieht die PDS ihre Rolle nicht in der Opposition zum Anschluß, sondern in der „Integration“ der ostdeutschen Werktätigen. Tatsächlich hat die PDS den Sozialdemokraten, wie in Magdeburg, ihre passive, wenn nicht sogar aktive Unterstützung zugesichert: „an uns scheidet keine Regierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen“. Wie es der Kandidat der „Offenen Liste“ Gerhard Zwerenz ausdrückt, geht es darum, „der SPD frisches Blut zu spenden“ („Links und lahm“, 1994). Die PDS verpflichtete sich im voraus dazu,

Steigbügelhalter für Scharping zu sein, während Scharping gleichzeitig auf eine Fortsetzung der großdeutschen, rassistischen, kapitalistischen Politik der Kohl-Bande eingeschworen ist. PDS und SPD bieten keine Alternative.

Nun stellt sich die PDS als Vertreter „ostdeutscher Interessen“ dar. Doch mit Gorbatschows Unterstützung *liefern Modrow & Co. die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz aus* unter der großdeutsch-nationalistischen Parole: „Deutschland einig Vaterland“. Und nur zur Erinnerung, eine Kandidatin auf der „Offenen Liste“ der PDS ist Christa Luft, eine prominente Verfechterin der Marktwirtschaft und zusammen mit Modrow Mitbegründerin des Arbeitsplatzvernichters Treuhand. Doch diejenigen, die mit ihrem Versprechen einer „sozialen Marktwirtschaft“ zu Versicherungsvertretern für den Anschluß wurden, sind unfähig, die verheerenden Folgen der kapitalistischen Wiedervereinigung zu bekämpfen, vor allem nicht mit erneuertem „ostdeutschen Nationalismus“.

„DDR-Nationalismus“ hatte keine materielle Basis trotz des absurden Versuchs der Honecker-Bürokratie, eine solche Tradition mit Preußentum und Protestantismus zu schaffen. Nicht eine nationale Grenze, sondern eine *Klassenlinie* teilte Deutschland 44 Jahre lang. Der Arbeiterstaat DDR basierte trotz all seiner stalinistischen Deformationen auf den sozialen Errungenschaften der größten historischen Leistung der Menschheit in diesem Jahrhundert, der Oktoberrevolution. Weil wir Trotzisten die unversöhnlichsten Verteidiger dieser Errungenschaften waren, die durch den heroischen Sieg der sowjetischen Werktätigen über den Hitler-Faschismus auf die DDR ausgeweitet wurden, verteidigten wir sie gegen den kapitalistischen Anschluß. Dies war Teil unseres Kampfes für die *revolutionäre Wiedervereinigung* Deutschlands im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa durch eine proletarische politische Revolution im Osten, die die nationalistische Bürokratie stürzt, und durch eine sozialistische Revolution im Westen.

Eine kürzlich im *Spiegel* (15. August) veröffentlichte Meinungsumfrage ergab, daß selbst nach dem Zusammenbruch der DDR und der UdSSR 71 Prozent der Ostdeutschen immer noch an die Idee des Sozialismus glauben. So dient die SPD-geführte Hexenjagd bis heute dazu, das sozialistische Bewußtsein bei den DDR-Arbeitern auszulöschen und einen gemeinsamen Kampf in Ost und West zu verhindern. Als sich Arbeiter vom Betriebsbahnhof Lichtenberg in Ostberlin spontan dem nur für den Westen ausgerufenen ÖTV-Streik 1992 anschlossen, wurden sie mit Stasi-Anklagen überschüttet. Allein in Sachsen sind zur Zeit über 10 000 Anklagen wegen „Stasi-Tätigkeit“ erhoben worden. Eigentlich stehen fast 17 Millionen unter der Anklage, „DDR-Bürger“ gewesen zu sein. Nun, im Gegensatz zu den meisten Linken und zur feigen Kapitulation der PDS vor der Hexenjagd haben wir diese Partei und alle früheren Repräsentanten der DDR gegen die Klassenjustiz des Vierten Reichs verteidigt und Freiheit für Erich Mielke, Erich Honecker und Heinz Keßler gefordert.

Jetzt bietet die PDS den ostdeutschen Werktätigen gegen die unerträglichen Demütigungen und Erniedrigungen eine „Ostkammer“, also eine nationalistische Mecker-Nische im Vierten Reich an. Wie Hohn muß das den Werktätigen in den Ohren klingen, die auf eine parlamentarische „Interessenvertretung“ warten sollen, statt für gleichen Lohn zu kämpfen und auf die Straße zu gehen wie kürzlich die Lehrer der GEW und Angestellten der Post. Angesichts der Wut auf Siegermentalität und Siegerjustiz lenkt die PDS aber diese berechtigten Gefühle weg von der Klassenfrage und kehrt sie in Ostnationalismus um. So trugen viele Lehrer, die die PDS unterstützen, Plakate mit der Forderung, sie wollten „Deutsche 1. Klasse“ sein.

Eigentlich besteht die Funktion der PDS darin, die Ab-

wicklung der DDR und damit entstehende Reibungspunkte (wie Explosionen des Klassenkampfes, Betriebsbesetzungen) glatt zu bügeln. So schreibt die PDS in einem Wahlflugblatt: „40 plus 4 Jahre Politik gegen die Mehrheit haben in Ostdeutschland viele Lebenspläne, die Selbstachtung der Menschen und fast die Hälfte aller Arbeitsplätze zerstört“ (*Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, Heft 7/94*). Diese Gleichsetzung des kapitalistischen Vernichtungsfeldzugs mit der DDR rief zwar einen Proteststurm in der Mitgliedschaft hervor, aber die Flugblattverteilung wurde dennoch per Vorstandsbeschluss durchgedrückt.

Als im letzten Sommer die Kumpel in Bischofferode gegen die Schließung ihrer Grube kämpften, schoben SPD-Bürokraten im Westen Überstunden für die BASF und hetzten die Kali-Kumpel im Westen gegen ihre Kollegen im Osten reaktionär auf. Denn der Kampf in Bischofferode hatte potentiell eine ungeheure Explosivkraft für *gemeinsamen Klassenkampf in Ost und West*, und noch dazu war dieser Kampf populär. Aber die PDS tat alles, um die Arbeiter vom Klassenkampf abzulenken auf symbolische Hungerstreiks und Privatisierungskonzepte mit dem „antimonopolistischen“ Kapitalisten Peine. Sie benutzte den verzweifelten Kampf der Kumpel dazu, für Gysis/Diestels „Komitees für Gerechtigkeit“ zu werben, die sich für Investitionen in Ostdeutschland stark machten. Jetzt will die PDS sogar eine Mittelstandsvereinigung für die ostdeutschen Unternehmer gründen. Heute ist die Bischofferoder Kali-Grube geschlossen und Betriebsrat Jüttemann Direktkandidat für die PDS.

Zwar hat die PDS im Bundestag gegen die Zerstörung des Asylrechts gestimmt, aber während des Rostocker Pogroms äußerte die Rostocker PDS-Vorsitzende Verständnis für den „monatelangen Unmut und Protest der Lichtenhagener Einwohner“. Pogrome wie in Hoyerswerda werden auf „Identitätskrisen“ der Jugendlichen zurückgeführt, um von den Ursachen des faschistischen Terrors abzulenken, nämlich der kapitalistischen Wiedervereinigung, und damit von der Notwendigkeit, gegen ihre Folgen zu kämpfen. Während die PDS in ihrem Wahlprogramm für „offene Grenzen für Menschen in Not“ eintritt, betrifft diese „Öffnung“ nicht „ihr“ Ostgebiet. Die Zugehörigkeit der PDS zur rassistischen Allparteienkoalition wurde von Dieter Brähmig, dem neu gewählten PDS-Bürgermeister von Hoyerswerda, unmißverständlich klar gemacht, als er, um zu begründen, warum „seine“ Stadt keine Asylbewerber aufnimmt, erklärte, „die Bürger sind hier noch nicht reif, Ausländer zu integrieren“ (*Spiegel*, 8. August). Wir Spartakisten kämpfen für volle Staatsbürgerrechte aller Immigranten!

SPD und PDS setzen all ihr Vertrauen in die Bullen, Gerichte und Gesetze, d. h. in den *kapitalistischen Staat*, daß diese die Faschisten stoppen werden. Genau diese Strategie ermöglichte es Hitler, an die Macht zu kommen, ohne daß ein Schuß fiel – „keine Gewalt“, wie es die PDS heute ausdrückt. Der kapitalistische Staat einschließlich seiner beamteten Schläger in Grün, existiert zu dem Zweck, dem habgierigen, rassistischen System zu dienen und es zu schützen. Genau deshalb verteidigt und ermutigt der Staat der Bosse letzten Endes die Faschisten, ob unter den Christ- oder Sozialdemokraten. Am Vorabend des Rostocker Pogroms gab die SPD das Recht auf Asyl zum Abschluß frei und gab damit grünes Licht für den Pakt von Polizei und Nazis gegen Immigranten. Und der Nazi-Aufmarsch in Fulda 1993 fand unter Hessens rot-grüner Regierung statt.

Es ist selbstmörderisch, vom Staat der Bosse zu fordern, er solle die Faschisten für ungesetzlich erklären; solche Gesetze werden in der Praxis fast immer gegen die linken, Immigrant- und Arbeiterorganisationen wie die KPD und heute die PKK benutzt. Und die PDS selbst ist viele Male damit bedroht worden, auch jetzt während der Wahlen.

Als Teil ihrer Hetze gegen die Roten beschuldigt die CDU die SPD, sie wolle eine „Volksfront“ mit der PDS eingehen, was die Sozialdemokraten kategorisch zurückwei-



Spartakist

**Freiheit für Heinz Kessler! Der Kampf gegen die Hexenjagd ist im Interesse aller Werktätigen!**

sen. Aber eine „Volksfront“ ist die Unterordnung des Proletariats unter die Bosse durch Koalitionen, die die Arbeiterparteien an Teile der Bourgeoisie ketten. Verkündet von den Stalinisten und Sozialdemokraten in den 30er Jahren, bahnte die Volksfront den Weg für die Siege von Franco und Pétain in Spanien und Frankreich. Und in verschiedenen Formen ist diese Klassenzusammenarbeit seither immer das Programm der Reformisten (stalinistisch oder sozialdemokratisch) gewesen.

Sie ist *entgegengesetzt* zur Einheitsfront, in der Arbeiterorganisationen ihre politische Unabhängigkeit behalten und sich gleichzeitig für eine gemeinsame Sache in einer Aktion vereinigen, z. B. um die Faschisten zu stoppen. Hätten wir vor 1933 solche Einheitsfrontaktionen der Arbeiter gehabt, wie Trotzki sie forderte, wäre Hitler nicht an die Macht gekommen. Auch heute ist die unabhängige Arbeiterbewegung mit ihrem strategisch wichtigen Bestandteil an Immigranten die *entscheidende* Kraft, die mobilisiert werden muß, damit der Terror der Faschisten und der Bullen gestoppt werden kann. Die Gewerkschaften sollten Vorkämpfer sein bei der Organisation von Verteidigungskomitees und Patrouillen, die ihre Mitglieder und militante Jugendliche zu einer disziplinierten Kraft zusammenfassen, um den Faschisten eine sehr praktische Lektion zu erteilen.

Die PDS versucht seit einiger Zeit, eine Ost-Volksfront aufzubauen. Zu diesem Zweck gründeten sie ihre „Ostkomitees“, und aus dem gleichen Grund sind fast die Hälfte der Kandidaten auf den PDS-Listen parteilose Prominente. Jetzt ist die Kandidatur des Grafen von Einsiedel in Gysis „bunter Truppe“ die Brücke vom ostdeutschen zum großdeutschen Nationalismus. Dieser Urenkel Bismarcks und Freiwilliger im Polenfeldzug erklärte unwidersprochen: „Da ich letzten Endes immer noch ein Deutschnationaler bin, bewegt es mich schon, die Wiedervereinigung wirklich zu

*Fortgesetzt auf Seite 20*

## SPD, PDS...

Fortsetzung von Seite 19

einer Vereinigung zu machen“ (*Neues Deutschland*, 14. März). Seine Kandidatur stieß auf wütenden Widerstand der PDS in Bayern, Hamburg und Hannover. Um die Partei zur Raison zu bringen, machte der Vorstand unter der Überschrift „Borniertheit als politische Kategorie“ (*ND*, 29. März) eine nationalistische Loyalitätserklärung gegenüber der Bourgeoisie: „Wer sich heute gegen die Einheit stellt, verhält sich reaktionär... Die Linke muß endlich die deutsche Einheit als emanzipatorischen Impuls aufnehmen.“

Die deutsche Bourgeoisie braucht einen einheitlichen nationalen Markt zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen. Durch den Anschluß der DDR ist sie jetzt in der Lage, als eine wirkliche imperialistische Weltmacht zu agieren, und sie arbeitet kräftig daran, einen einheitlichen westeuropäischen Markt zu schaffen. Und angesichts einer aggressiveren Außenpolitik der deutschen Imperialisten betrachten diese die innere Polarisierung mit Sorge. Trotz der gegenwärtigen Hexenjagd wollen weitsichtigerer Sprecher der Bourgeoisie und die SPD Gysis Angebot einer „Integration“ der Ostdeutschen in das wiedervereinigte Reich aufgreifen, wie das Geheimtreffen zwischen Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter und Gysi Anfang Januar in Stuttgart signalisiert. So äußerte der alte SPD-Ostpolitiker Egon Bahr, die SPD solle die PDS dem demokratischen Weg der Parlamentarisierung unterziehen, was sie schon einmal mit den Grünen erfolgreich praktiziert habe (*junge Welt*, 9. August). Besonders im Osten, wie der Fall des ehemaligen SPD-Bundestagskandidaten Michael Müller aus Leipzig zeigt, gibt es eine Stimmung für die „Einheit der Linken“. Aber in Wirklichkeit machen sie sich Sorgen um die Festigung der „Einheit“ des Deutschen Reiches.

### Deutsche Linke: Schwanz der rassistischen Allparteienkoalition

Scharpings SPD ist jetzt so unpopulär, daß sich die loyal sozialdemokratische deutsche Linke, darunter die DKP, VSP, Avanti, BWK, MLPD und KAZ, an Gysis „Bunte Truppe“ angehängt hat. So erklärt Winfried Wolf (Redakteur der *SOZ* und Ex-Anhänger von Ernest Mandels zersplittertem „Vereinigten Sekretariat“ [VS]), daß 1990 noch keine Unterstützung in Frage gekommen sei. Jetzt kandidiert er für autofreie Zonen auf Platz eins der Landesliste Baden-Württemberg, sozusagen als Vorkämpfer der neugegründeten „Ökologischen Plattform“ der PDS. Die Mao-Reformisten von der MLPD spielen nur die Ersatzrolle im großen Unterstützerkreis für eine Volksfront zum Sturz der Kohl-Regierung. Wo immer sie nicht kandidieren, rufen sie zur Wahl der PDS auf.

Auch VS/Avanti trommelt für die PDS; einige dieser Mandel-Jünger setzen dabei auf die Kommunistische Plattform. Deren zahnlose, kriecherische Rolle drückt sich darin aus, daß sie jede PDS-Programmatik akzeptieren („Wir sind keine Njet-Partei“). Sie unterschreiben die „pluralistischen Eigentumsformen“ (also das Privateigentum). Für „eine Politik zur Sicherung des Friedens“ sind sie „die entschiedensten Verteidiger des Grundgesetzes“ von Adenauer, Schumacher ... und dem damaligen KPD-Führer Reimann. Die Kandidatur „Gemeinsam gegen Rechts“, also für eine Scharping-Regierung, ist ihnen willkommen, wemgleich sie bemängeln, daß wenige Kommunisten auf den Listen stehen.

Sogar die SAG und Voran mußten ihre tollwütige anti-kommunistische Hetze gegen die PDS, die 1990 so typisch war bei ihrem Hurrageschrei für die SPD, mäßigen. Die SAG benutzt die Wahlerfolge der PDS als Aufforderung an die SPD, endlich „eine linke Alternative“ zu Kohl darzustellen, während Voran jetzt zu einer „Linksfront“ unter

Einschluß der PDS aufruft, um eine Stimmabgabe für die zu Recht verhaßte SPD schmackhaft zu machen.

Aber es gibt einige Gruppen, für die der Kalte Krieg nie aufhört. Der BSA, der 1990 Lafontaine unterstützte, tritt jetzt mit Kandidaten im Ruhrgebiet und in Berlin gegen SPD, PDS und Grüne an. Was er aber gegen die PDS zu sagen hat, ist bodenloser Antikommunismus – die verfassungstreuen Sozialdemokraten der PDS werden in wahrer *Bild-Manier* zu stalinistischen „SED-Kadern“ und „Kofferträgern des Honecker-Regimes“ abgestempelt. Der dubiose BSA weigert sich sogar, das Selbstbestimmungsrecht der Kurden in Kurdistan zu fordern! Kein Wunder, hat doch die „Internationale“ dieser Organisation sich jahrelang mit arabischem Öl-Geld bezahlen lassen. In jedem Fall empfindet es sich, wachsam gegenüber sogenannten „Sozialisten“ zu sein, die sich *nie* aktiv an antifaschistischen Aktionen beteiligen.

Bei bürgerlichen Wahlen kämpfen Marxisten wie immer für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse, um sie auf die eigene Klassenherrschaft vorzubereiten. Eine kritische Unterstützung oder andere Wahltaktiken sind dieser strategischen Perspektive untergeordnet. Bei der Volkskammerwahl in der DDR 1990 kämpfte die SpAD ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung. Wir boten sogar jeder anderen Partei, die diese Position einnehmen würde, ein Nichtkonkurrenzabkommen an. Aber keine Partei vertrat diesen minimal prinzipienfesten Standpunkt. SPD und PDS erheben nicht einmal den Anspruch, bei den jetzigen Wahlen die unabhängigen Interessen der Arbeiter zu vertreten, die offen auf dem Altar der Klassenzusammenarbeit geopfert werden. Genau deshalb verdienen sie nicht die geringste kritische Wahlunterstützung.

Der wirtschaftliche Niedergang des Kapitalismus ist die Brutstätte des Faschismus. Die kapitalistische Konterrevolution in Osteuropa und der Ex-UdSSR, die in der DDR unter der Führung der SPD und mit der Hilfe der SED-PDS sowie unter dem Jubel ihrer pseudolinken Anhängsel zustande kam, hat dem Faschismus in ganz Europa großen Auftrieb gegeben. Sie ermutigte die westeuropäischen Bourgeoisien, gegen ihre Arbeiterklasse einen brutalen Klassenkrieg zu führen und den Handelskrieg zu verschärfen. Das ist der Grund, warum in dieser Periode die Reformisten wie SPD und PDS nicht einmal versuchen, Reformen zu erreichen, sondern offen als Bullen der Bosse innerhalb der Arbeiterbewegung operieren und im Namen des „nationalen Interesses“ Kahlschlag durchsetzen. Die chauvinistische Botschaft von SPD/DGB an Arbeiter: Buckelt vor den Bossen, oder Billiglohnland X wird eure Jobs wegnehmen.

Deshalb bedeutet der Kampf gegen die Faschisten einen Kampf gegen den Kapitalismus. Die dringendsten Aufgaben heute – Organisation der Arbeiterklasse, um die Faschisten zu zerschlagen, für volle Staatsbürgerrechte aller Immigranten zu kämpfen und Streikämpfe zu führen, die die Offensive der Bosse zurückschlagen – erfordern vor allem einen kompromißlosen politischen Kampf gegen diejenigen, die die Arbeiter an die Bosse und ihren Staat ketten, nämlich die SPD, PDS und die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten. Dies bedeutet, eine revolutionäre Partei zu schmieden, die für die politische Macht der Arbeiterklasse kämpft und für die Errichtung eines Arbeiterstaates, der die kapitalistischen Blutsauger enteignet. Die „Neue Weltordnung“ mit Wirtschaftselend und Handelsrivalitäten, die die Gefahr eines erneuten innerimperialistischen Krieges mit sich bringt, stellt scharf die Alternative Sozialismus oder Barbarei. Wir Spartakisten kämpfen für eine revolutionäre Arbeiterpartei, die dadurch aufgebaut wird, daß sie die Arbeiterbasis der SPD und PDS von deren prokapitalistischen Führern spaltet und die Arbeiter zusammen mit anti-rassistischen Jugendlichen für den Kampf um die internationale sozialistische Revolution gewinnt. ■

## Kuba...

Fortsetzung von Seite 24

an Kuba einstellte und dabei besonders die kubanische Industrie von der billigen Ölzufuhr abschnitt, wurde die Insel angesichts des imperialistischen Kolosses im Norden in verzweifelte Gefahr gestürzt.

Die kapitalistischen Medien wollen über die Balseros, die Kuba verlassen, eine antikommunistische Hysterie hochpeitschen. Diese Flucht wird von Washington mit seiner brutalen Hungerblockade und der Sabotage von legaler Immigration zynisch provoziert. Doch die Tatsache, daß Tausende (darunter viele, die nicht gegen das Castro-Regime sind) bereit sind, ihr Leben in zerbrechlichen Booten zu riskieren, zeigt, wie verzweifelt die wirtschaftliche Lage unter dem Angriff des US-Imperialismus geworden ist. Noch vor vier Jahren hatte Kuba den zweithöchsten Kalorienverbrauch in Lateinamerika, einen durchschnittlichen Verbrauch von 3100 Kalorien pro Tag. Jetzt sind es nur noch weniger als die Hälfte. Dies wurde durch die Maßnahmen des kubanischen Regimes selbst verschärft, die Kuba immer stärker zu einer „Zweiklassen“-Gesellschaft gemacht haben – diejenigen mit Dollars und diejenigen ohne – und damit den Weg zur Konterrevolution ebneten.

Gleichzeitig haben in den letzten Wochen riesige Massen von kubanischen Werktätigen ihre Bereitschaft gezeigt, ihre Revolution zu verteidigen. Eine halbe Million demonstrierte Anfang August in Havanna gegen die Ermordung eines kubanischen Polizeioffiziers durch flüchtende Gusanos (Würmer). Davor hatten Tausende militanter Arbeiter mobilisiert, um einen Mob von mehreren hundert antikommunistischen Randalierern von der Straße zu fegen. Wir Trotzisten, die für revolutionäre Arbeiterdemokratie auf der Grundlage von Arbeiterräten (Sowjets) kämpfen, um das bürokratische Regime zu ersetzen, stehen Schulter an Schulter mit den arbeitenden Massen, die Kuba gegen den Imperialismus und die innere Konterrevolution verteidigen. Unsere Verteidigung der vergesellschafteten Grundlagen des kubanischen deformierten Arbeiterstaats ist untrennbarer Bestandteil unseres Kampfes für eine internationale sozialistische Revolution.

Clinton und seinesgleichen versuchen zwar bewußt, die Schlinge um Kuba zuzuziehen, doch ihre Provokationen könnten nach hinten losgehen. Und die amerikanische Bourgeoisie ist sich in ihrer Kuba-Politik keinesfalls einig. Große Teile der herrschenden Klasse in den USA – von der *New York Times* zum *Wall Street Journal* bis zu Militärschulen – sind dafür, das kubanische Embargo aufzuheben, weil sie die ökonomische Durchdringung für ein effektiveres Mittel halten, um die Restauration des Kapitalismus voranzutreiben. Und Washingtons NATO-Verbündete und NAFTA-Juniorpartner sind fast einhellig gegen die jetzigen Kriegsmaßnahmen, mit denen Kuba abgeriegelt werden soll. Eine Seeblockade der USA würde sich gegen die Interessen Spaniens, Deutschlands, Frankreichs, Britanniens sowie Kanadas und Mexikos richten, die alle mit Kuba Handel treiben und dort investieren.

So verurteilte das Europäische Parlament die Embargopolitik der USA, und obwohl sich die deutsche Regierung im Moment zu Kuba eher bedeckt hält, weil ihre direkten Interessen eher vor ihrer Haustür im Osten liegen, hat Bonn schon vor zweieinhalb Jahren eine Lockerung des Embargos gefordert. Und auch hier will sich die SPD, die die Kubainitiative im Bundestag eingebracht hatte, als bewährte Kraft für innere Konterrevolution beweisen. Mittels der Sozialistischen Internationale hat sie von Nicaragua über El Salvador bis zur Niederschlagung der vorrevolutionären Situation in Portugal 1975 die Aufstände der werktätigen Massen erdrosselt. Jetzt wollen die Sozialdemokra-

ten als bessere Nationalisten die Differenzen des gestärkten Großdeutschland zum US-Imperialismus hervorkehren und fordern „ganz normale wirtschaftliche Beziehungen“, um „Veränderungen in Kuba auf der Basis der Errungenschaften“ (Hermann Scheer) durchzusetzen. Was das bedeutet, sehen wir bei den verheerenden Folgen der Konterrevolution in der DDR, wo die SPD einen Kapitalismus mit Milch und Honig und ohne Arbeitslosigkeit versprochen hat. Und wie beim Anschluß hängt sich die PDS mit einem Gastkommentar im *Neuen Deutschland* unter der Überschrift: „Kuba braucht eine NÖP“ (Neue ökonomische Politik) daran an und fordert eine Zusammenarbeit mit den prokapitalistischen Reformern.

In den USA hatte sich schon einmal ein Präsident der Demokratischen Partei verrechnet, als er dachte, daß das kubanische Volk sich zur Begrüßung einer konterrevolutionären Invasion erheben würde – Kennedys Schweinebucht-Fiasko 1961. Sollte es den Imperialisten und dem Gusano-Abschaum, die die drastische wirtschaftliche Verelendung ausschlichten, heute gelingen, einen Bürgerkrieg anzuzetteln, könnte eine direkte militärische Konfrontation große Teile der kubanischen Werktätigen elektrisieren, so daß sie ihre sozialen Errungenschaften und ihre Unabhängigkeit verteidigen. Und ein ernsthafter Kampf könnte sich mit Unruhen im benachbarten Haiti und in der Dominikanischen Republik überschneiden, sowie im nahen Mexiko.

Unser trotzkistisches Programm der internationalen proletarischen Revolution zur Verteidigung Kubas ist kein „Wolkenkuckucksheim“, sondern vielmehr eine dringende Notwendigkeit, die sich heute konkret stellt. Nieder mit den Kriegsmaßnahmen der USA gegen Kuba! USA/UNO – Hände weg von Haiti! Yankee-Imperialismus raus aus der Karibik!

### Widerstand gegen Provokationen

Am 5. August wurde ein schwarzer Polizist, Gabriel Lamoth Caballero, in der Nähe von Havannas Hafenviertel Malecón bei der Verhinderung einer Schiffsentführung getötet. Mehrere hundert Randalierer begannen dann, Fensterscheiben einzuschlagen und regierungsfeindliche Parolen zu grölen. Dockarbeiter und Mitglieder der Nationalen Revolutionären Polizei setzten dieser Provokation schnell ein Ende, und zwar mit Hilfe von 20–30 000 Einwohnern von Havanna, die sich versammelten, nachdem sich Gerüchte von einer weiteren Entführung einer Fähre verbreitet hatten. Bei Einbruch der Nacht füllten sich die Straßen mit Mitgliedern der „Schnellen Einsatzbrigaden“ der Komitees zur Verteidigung der Revolution, Mitgliedern der KP-Jugend und der KP sowie der Bauarbeiterbrigade von Blas Roca, die nach Provokateuren Ausschau hielten. Sprechchöre wie „Die Straßen gehören den Revolutionären!“ hallten durch die Stadt, und in den nächsten paar Tagen wurden antiimperialistische Losungen an die Wände gemalt.

Mitten im Aufruhr in der Innenstadt von Havanna tauchte Castro selbst auf und wurde von den Arbeitern begeistert empfangen. Er versicherte, daß die Ordnung wiederhergestellt worden sei, und verkündete gleichzeitig: „Wir können nicht weiter die Küsten der Vereinigten Staaten bewachen“, und befahl der kubanischen Polizei und den Grenzwachen, keine Kubaner zu verhaften, die von der Insel fliehen wollen. Zwei Tage später strömten etwa 600 000 auf den Platz der Revolution in der Hauptstadt, um den ermordeten Polizisten Lamoth zu ehren und die imperialistische Provokation zu verurteilen. Sprechchöre riefen Losungen wie „Fidel, seguro, a los yanquis dales duro!“ (Fidel, hau den Yankees eine rein!). In Lamoths Heimatstadt Guantánamo kam es zu einer weiteren spontanen Massendemonstration von 150 000, die für die Unterstützung der

Fortgesetzt auf Seite 22

## Kuba...

Fortsetzung von Seite 21

Revolution und aus Respekt für einen Polizisten auf die Straße gingen, der bei der Verteidigung seines Landes gestorben war.

Insgesamt sind seit Anfang August über 14 000 Kubaner mit seeuntüchtigen, behelfsmäßigen Flößen in See gestochen. Diese Balseros sammeln sich am Strand der Außenbezirke Havannas, verabschieden sich von Verwandten und Freunden, und dabei klicken die Kameras ausländischer Journalisten. Aber bei einer Bevölkerung von 11 Millionen stellen sie nur so etwas wie einen kleinen Tropfen dar, und viele antworten auf die Frage, warum sie gehen, mit einem einzigen Wort: „Hambre“ (Hunger). Die große Mehrheit der Kubaner denkt nicht daran, „sich ins Meer zu stürzen“, wie Washington uns glauben machen möchte. Journalisten berichten jeden Tag über die Normalität auf den Straßen von Havanna und in den riesigen Arbeiterwohnblocks am Stadtrand. Auf dem Land gibt es bei den Bauern, denen die Revolution am meisten gebracht hat, kaum den Wunsch wegzugehen.

Doch militärische Aggression und wirtschaftliche Erdrosselung sind nicht die einzigen Trümpfe der Imperialisten. Die konterrevolutionäre Gefahr keimt innerhalb der stalinistischen Castro-Bürokratie, die an der Spitze des kubanischen deformierten Arbeiterstaats steht.

### Unterminierung des kubanischen Arbeiterstaats von innen

Am 24. August hielt Castro eine Fernsehansprache, die von CNN live übertragen wurde. Der kubanische Staatschef nahm die imperialistischen Lügen über Kubas Behandlung von Flüchtlingen auseinander und wiederholte sein stehendes Angebot, in einen „Dialog“ mit Washington zu treten. Zwei Wochen vorher wurde Castro in einem Interview in Bogotá gefragt: „Zu welchen Zugeständnissen wären Sie bereit, um eine Versöhnung mit den Vereinigten Staaten zu erreichen?“ Er schloß Zugeständnisse aus, die die Souveränität des Landes betreffen: „Wir wollen kein Puerto Rico werden.“ Aber Castro fügte hinzu: „Wir wären bereit, unsere besonderen politischen Vorlieben wie den Sozialismus zu opfern zugunsten von Integration, Frieden und sozialer Gerechtigkeit“ (*Excelsior* [Mexiko], 11. August). Schon 1989 hatte er sich mit der Exekution von General Armando Ochoa die Gunst des Imperialismus zu erkaufen versucht (und Kubas Verteidigung unterminiert); dies war Teil seines Versuchs, bei Washingtons „Krieg gegen Drogen“ auf dem amerikanischen Kontinent mitzumachen. Castros jetziges Gerede darüber, „den Sozialismus zu opfern“, ist tödlicher Ernst und kreuzt sich mit imperialistischen Kreisen, die denken, daß das 35jährige Embargo als ein Programm zur Restauration kapitalistischer Herrschaft gescheitert ist.

Seit die Kubanische Revolution 1960 den Kapitalismus stürzte – das Eigentum von United Fruit Co., Standard Oil, Dole Pineapple, Citibank, Coca-Cola, der Zuckerbarone und der Mafia sowie der kubanischen Kapitalisten enteignete –, ist die amerikanische herrschende Klasse von Kuba besessen. Sie haben versucht, die Insel ihren Werktätigen wieder wegzunehmen, und sind damit wiederholt gescheitert. Deshalb haben viele Strategen der US-Regierung – und nicht nur die Liberalen – in den letzten Jahren für eine andere Herangehensweise argumentiert: „kalte“ Konterrevolution durch „konstruktives Engagement“ gegenüber den kubanischen Stalinisten.

Zunächst würde dies bedeuten, das scharfe Handelsembargo zu lüften. Damit wäre Washington in der Lage, Kuba mit billigen Waren, Dollars und der Art von „humanitärer Hilfe“ zu überschwemmen, die der neokolonialen

Kontrolle über die Wirtschaft den Weg ebnet. Gleichzeitig würden die imperialistischen „Tauben“ gerne mit den „Reformern“ der Kommunistischen Partei – wie Gorbatschow und Jelzin in der ehemaligen UdSSR – zu einem „konstruktiven Engagement“ kommen, damit diese die Räder für die Rückkehr zum Kapitalismus schmieren. Heute gibt es eine ganze Schicht dieser „neuen Denker“ innerhalb der kubanischen Bürokratie, die „Yummies“ (Young Upwardly Mobile Marxists – junge aufstiegsorientierte Marxisten), die durch Außenminister Roberto Robaina und Wirtschaftsminister Carlos Lage verkörpert werden.

### Verteidigt Kuba gegen die Konterrevolution!

In den letzten dreieinhalb Jahrzehnten schauten Arbeiter und Bauern in ganz Lateinamerika mit Hoffnung auf Kuba als „dem ersten freien Territorium Amerikas“. Und dies trotz Castros Unterstützung für Allendes verhängnisvollen „friedlichen Weg“, der zum blutigen Pinochet-Putsch in Chile führte, und obwohl er den Nicaraguanern sagte, daß sie nicht durch die Enteignung der Bourgeoisie ein „zweites Kuba“ werden sollten. Die bloße Existenz des kubanischen Arbeiterstaates blieb, trotz der engstirnig nationalistischen Politik seiner bürokratischen Führung, eine Inspiration für diejenigen, die versuchten, die kapitalistisch-imperialistische Herrschaft zu brechen. Kuba hielt jahrzehntelang den Angriffen stand, einer Invasion und Attentatsversuchen, und seine Planwirtschaft verbesserte die Lebensbedingungen dieser kleinen Karibikinsel weit über das Niveau der höllischen Bedingungen, mit denen die Mehrheit der lateinamerikanischen Völker konfrontiert ist.

Entscheidend dafür war die lebenswichtige, sowohl militärische als auch ökonomische Unterstützung durch die Sowjetunion und die osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten. Kuba erhielt DM 1,30 pro Kilo für seine Zuckerexporte, während der Weltmarktpreis bei einem Fünftel davon lag – unterhalb der Produktionskosten. Mit Hilfe des Sowjetblocks konnte das kubanische Volk eine Gesellschaft errichten, in der Arbeitslosigkeit abgeschafft, medizinische Versorgung und Ausbildung kostenlos und große Fortschritte gegen Rassismus erreicht worden waren. Und eine sowjetische Brigade war auf der Insel stationiert, um die Bereitschaft der UdSSR zum Schutz vor einer US-Intervention zu untermauern.

Selbst heute, trotz all der strikten Rationierung und schrecklichen Privatisierung, hat Kubas Gesundheitssystem die niedrigste Kindersterblichkeit in der „Dritten Welt“ vorzuweisen, die noch unter der von New York City liegt. Der im übrigen Lateinamerika wie eine Seuche verbreitete Hunger der Massen ist zwar durch die Überreste der kollektivierten Wirtschaft vermieden worden, doch die Auswirkungen der Unterernährung breiten sich aus. Die Knappheit an Öl und Rohstoffen hat Industrie und Landwirtschaft gebremst und damit Arbeitslosigkeit, Stromausfälle und einen Zusammenbruch des Transportwesens hervorgerufen. So verkündete Castro im Juli letzten Jahres die Legalisierung des Besitzes von Dollars. Wir warnten damals, daß dies ein Spiel mit dem Feuer sei und „gewaltige konterrevolutionäre Auswirkungen haben“ könne, besonders dadurch, daß es rassistische Trennlinien schürt, da sehr wenige schwarze Kubaner Zugang zu Dollars aus Miami haben (siehe „Kuba in Gefahr“, *Spartakist* Nr. 108, November/Dezember 1993).

Im letzten Jahr hatte die „Dollarisierung“ der kubanischen Wirtschaft eine tiefgreifende Wirkung bei der Aushöhlung des revolutionären Willens der Massen. Das Monatseinkommen kubanischer Arbeiter von 100 bis 300 Pesos ist jetzt nahezu bedeutungslos, da selbst grundlegende Dinge wie Speiseöl oder Reis nur auf dem Schwarzmarkt oder in besonderen Devisenläden erhältlich sind. Das heißt, daß

13. September 1991:  
Spartacist League/U.S.  
demonstrierte in  
Solidarität mit Kuba vor  
der kubanischen UN-  
Mission in New York  
nach Gorbatschows  
Verrat, die sowjetische  
Unterstützung  
einzustellen



Workers Vanguard

die paar Kubaner mit Zugang zu Dollars (Verwandte von Exilkubanern, Arbeiter in der Tourismusbranche) essen können, während andere Hunger haben. Nicht überraschend waren die Hotels für Touristen und die Geschäfte, die „nur Dollars“ nehmen, am 5. August Zielscheibe der regierungsfeindlichen Randalierer. Doch die Mehrheit der Mitglieder der Kommunistischen Partei hat keinen Zugang zu Dollars und gehört damit zu den „Besitzlosen“.

Seit den Anfängen der Spartacist League/U.S. haben wir Kuba konsequent und bedingungslos gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution verteidigt. Die erste Ausgabe des englischsprachigen *Spartacist* (Februar/März 1964) erklärte: „Verteidigt die Kubanische Revolution!“, und erläuterte gleichzeitig, daß Kuba ein deformierter Arbeiterstaat ist, ohne Organe der Arbeiterdemokratie, der von einer nationalistischen bürokratischen Kaste beherrscht wird. Wir Trotzlisten kämpfen für eine proletarische politische Revolution, um die Macht in die Hände der revolutionären Arbeiter und Bauern zu legen, die allein ein uneingeschränktes Interesse daran haben, die Errungenschaften ihrer Revolution aufrechtzuerhalten. Dies erfordert die Führung durch eine trotzkistische Avantgardepartei, die in Kuba heute aufgebaut werden muß.

Das Castro-Regime ist immer der stalinistischen Linie vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ gefolgt. Statt zu versuchen, die Errungenschaften der Revolution auszuweiten, hat Castro versucht, eine „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus zu erreichen. Letztlich heißt das Preisschild dafür Konterrevolution, die Castro selbst zu verwirklichen scheint mit seinem Angebot, „den Sozialismus zu opfern“. Wie die imperialistischen Theoretiker im US-Außenministerium und die europäischen Regierungen mit-samt ihren sozialdemokratischen „Beratern“, wenn auch von einem anderen Ausgangspunkt, redet der Líder máximo der Kubanischen Revolution von einer „friedlichen“ Restauration des Kapitalismus, bei Erhaltung gewisser Errungenschaften wie des Gesundheits- und Ausbildungssystems. Schon ist das Telefonsystem an ein mexikanisches Konsortium verkauft worden, die wichtigste Nickelschmelzhütte an eine kanadische Gesellschaft, die Spanier und Deutschen bauen die Hotels – und die kubanischen Massen stehen immer häufiger mit leerer Tasche da.

Viele in der Bürokratie machen vielleicht bei diesem Programm mit und stellen sich vor, sie würden schon gut zurechtkommen, aber dennoch, so oder so, haben der Gusanos-Abscham und ihre Paten von der CIA eine Menge blutiger Rechnungen offen. Die Generation, die die Revolution machte, ist immer noch da, und in den „Feindes-

listen“ der Konterrevolutionäre stehen Hunderttausende von Namen. Die kapitalistische Restauration wird nicht nur Hunger für die Massen bedeuten, sondern auch Todesschwadronen. Und bei all den süßlichen Lügen, die Radio Martí ausspuckt, wissen das Millionen von kubanischen Arbeitern.

Die Kubanische Revolution kann nicht allein standhalten! Isoliert wird sie untergehen. Die Verteidigung Kubas muß vor allem international sein, was revolutionäre Arbeiterkämpfe von Brasilien über Mexiko bis in den „Bauch der Bestie“ USA selbst erfordert. Proteste und Arbeiteraktionen sind notwendig, um den Kriegsmaßnahmen Clintons in der Karibik gegen Haiti und Kuba entgegenzutreten und sie zunichte zu machen. Revolutionäre in den USA haben eine besondere Pflicht, Kuba gegen „die eigene“ herrschende Klasse zu verteidigen. Dies erfordert die Führung einer Arbeiterpartei, die auf dem Programm der sozialistischen Weltrevolution aufgebaut ist, die den Imperialismus ein für alle Mal bezwingt. Dies war das Programm der Bolschewistischen Partei und der Kommunistischen Internationale unter Lenin und Trotzki, und es wird heute von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) fortgeführt.

Nach Workers Vanguard Nr. 605, 2. September

## Veranstaltung der Spartakist-Jugend

**USA: Befreiung der Schwarzen durch sozialistische Revolution!**

Mit Videovorführung:  
**„Aus der Todeszelle:  
Hier spricht Mumia Abu-Jamal“**

Club JoJo  
Torstraße 216 (ehem. Wilhelm-Pieck-Straße)  
Samstag, 1. Oktober 1994, 16.30 Uhr  
U-Bahn Rosa-Luxemburg-Platz oder Oranienburger Tor

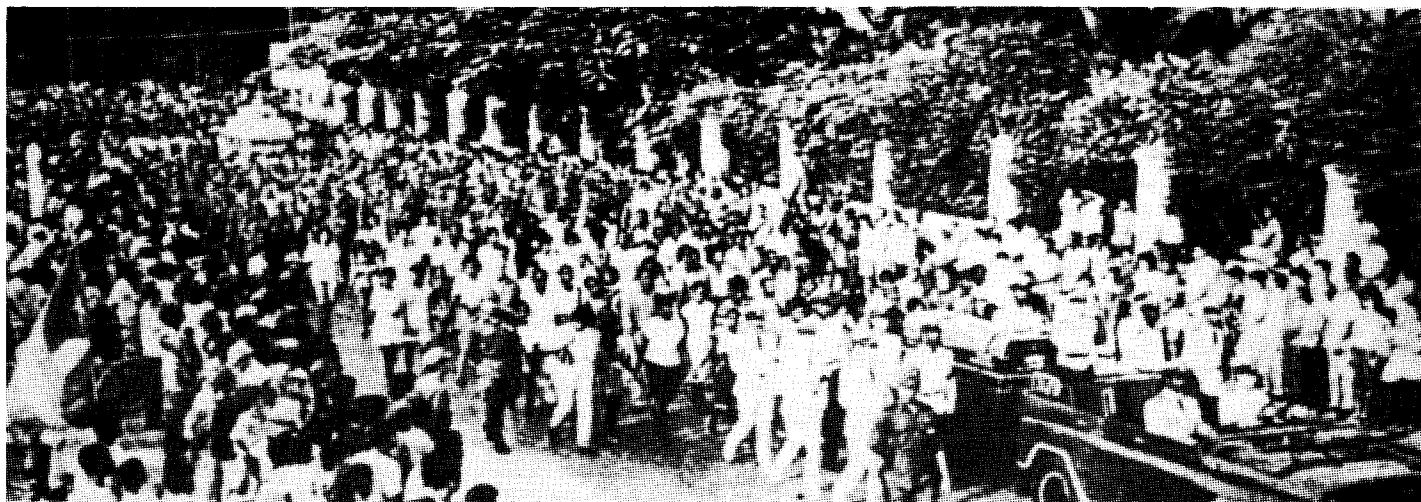
Fünfteilige Schulungsreihe in Berlin:

### Staat und Revolution

Jede zweite Woche am Samstag, 17.00 Uhr  
Erster Teil: 8. Oktober  
Linkstreif, Weddingstraße 6, U-Bahn Nauener Platz

# SPARTAKIST

## USA/UNO: Hände weg von Haiti! Verteidigt Kuba gegen den Imperialismus!



Daniel Fonte

**Hunderttausende Verteidiger der Kubanischen Revolution kamen zusammen, um den von Entführern getöteten Polizisten und Marineoffizier zu ehren**

Mit einer Serie sich überstürzender Maßnahmen hat die Clinton-Regierung in diesem Monat den 35jährigen Kreuzzug Washingtons zur Zerschlagung der Kubanischen Revolution gefährlich verschärft. Sie kehrte die bisherige US-Politik völlig um, alle kubanischen „Flüchtlinge“ willkommen zu heißen, kürzte drastisch die Dollar-Überweisungen

### USA raus aus Guantánamo! Nieder mit dem Embargo!

von Exilkubanern an Verwandte auf Kuba und drohte wild mit einer Seeblockade. Dies läuft auf ein berechnetes Programm hinaus, einen konterrevolutionären Aufstand auszulösen. Inzwischen machen sich die Mächtigen-Weltbulen unter dem Deckmantel der UNO bereit, Haiti im Namen von angeblicher „Humanität“ und „Demokratie“ zu besetzen. Am 30. August kündigte das Pentagon an, daß es „scharf Kurs nimmt“ auf eine Invasion Haitis. Das Muskelspiel der Yankee-Haie ist eine Bedrohung für alle Völker der Karibik.

Gegenwärtig wimmelt die Karibik geradezu von amerikanischen Kanonenbooten, einige davon abkommandiert von der Pazifischen Flotte. Eine imperialistische Armada von 70 Kriegsschiffen der US-Navy und der Küstenwache liegt vor Kuba, darunter die hochentwickelte USS Vicksburg mit dem elektronischen Raketenkontrollsystem Aegis. Hinzu kommt die US-Flotte, die bereits Haiti blockiert. Wir haben

von Anfang an betont, daß die Wirtschaftssanktionen gegen Haiti eine direkte Bedrohung für Kuba darstellen.

Im Moment schickt das Pentagon etwa 7000 zusätzliche amerikanische Soldaten in die Bucht von Guantánamo — an der Südküste Kubas —, die darauf vorbereitet wird, Zehntausende von erwarteten „Balseros“ (Floßflüchtlinge) unterzubringen. Auf diesem Marinestützpunkt, der Kuba gestohlen wurde, sind bereits 15 000 Haitianer in Zelten hinter Stacheldraht eingekerkert. Damit ist Guantánamo zu einem riesigen Konzentrationslager geworden — ein passendes Symbol der neokolonialen Unterjochung der Völker Lateinamerikas durch den US-Imperialismus. Mitte August durchlöchernten Hunderte von Haitianern Washingtons Fassade einer „freien Welt“, als sie gegen die unmenschlichen Bedingungen revoltierten, die ihnen von ihren amerikanischen Gefängniswärtern aufgezwungen wurden, und 120 von ihnen versuchten zu entkommen, indem sie Richtung kubanisches Gebiet schwammen.

Kurz vor Redaktionsschluß hat die US-Regierung ihre Einwilligung zu Castros Forderung bekanntgegeben, daß sie die jährliche Quote von über 20 000 Emigranten akzeptieren werde, auf die man sich vor einem Jahrzehnt geeinigt hatte, die aber nie erfüllt wurde. Gleichzeitig verschärft US-Präsident Clinton weiterhin das Wirtschaftsembargo, das die kubanische Wirtschaft erdrosselt und den massenhaften Drang provoziert, aus den auferzwungenen Verhältnissen von Hunger und Armut zu entkommen. Als das zusammenbrechende Regime der UdSSR seine jahrzehntelange Hilfe

*Fortgesetzt auf Seite 21*